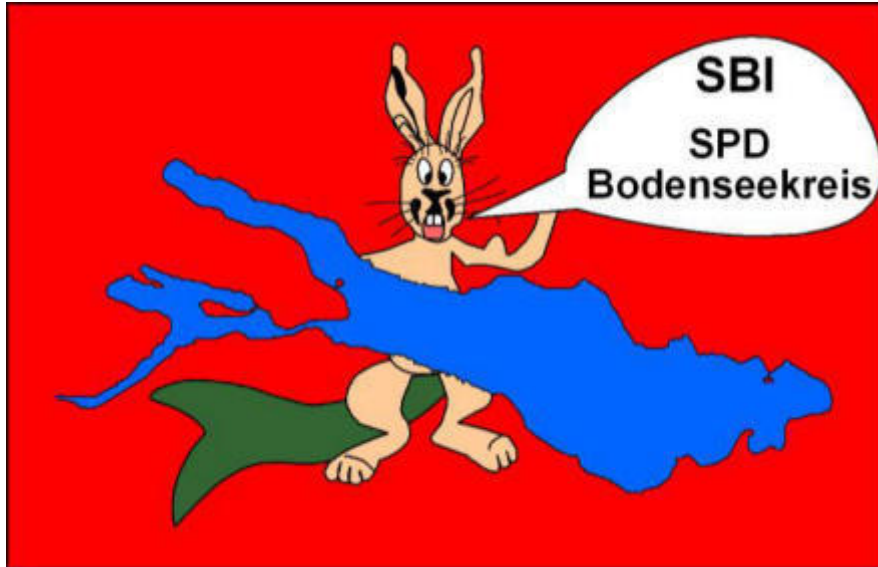


„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Genau 50 Jahre seit der Verabschiedung des Godesberger Programms versucht sich die SPD wieder an ihrer „Neuerfindung“.

Was der neue Vorsitzende Sigmar Gabriel "Politikwerkstatt" nennt, ist der Abschied von der SPD als zeitweilige Funktionärspartei und der Beginn der SPD, die wieder alle Mitglieder einlädt zur Mitarbeit (nicht nur als Plakatkleber).

Die Union, die zur Klientelpartei verkommt, weil sie sich einem Partner in die Arme wirft, der unverhohlen das Land zu entsolidarisieren droht, kann sich als Volkspartei nicht mehr dauerhaft halten.

Dieser Gefahr dürfen wir getrost begegnen. Mit dem Willen, uns in die Mitte der Gesellschaft zu begeben, haben wir den ersten Schritt getan, uns als Volkspartei wieder wahrnehmbar zu machen. Leicht (und vor allem kurzfristig) wird das Ziel nicht zu erreichen sein. Glaubwürdigkeit ist nicht ohne Geduld und Mühe zu erreichen. Die Veränderungen in der Gesellschaft sind gravierend. Positive Antworten auf die entstehenden Probleme können erst gefunden werden,

wenn das Problembewusstsein erwacht und Leidensdruck entstanden ist. Manchmal hilft auch ehrlicher Umgang bei der Problembewältigung.

Aufgrund der demographischen Entwicklung wäre ein Rentenbeginn mit 67 eigentlich erforderlich. Der spätere Regelbeginn der Rente wirkt als Rentenminderung. Was ist nun richtig? Die Flexibilisierung des Rentenalters und der Bedingungen kann helfen, grobe Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Wie bei der Arbeitslosenhilfe kommt der Begriff „Lebensleistung“ mit ins Spiel.

Eine Leistungsgesellschaft tut sich schwer mit Verteilung im Sinne des Sozialstaates, der niemand am Rande vergessen will.

In Baden-Württemberg haben wir (die Basis) am nächsten Wochenende die Wahl zwischen drei Persönlichkeiten für den Landesvorsitz. Nutzen wir die Gelegenheit.

**es grüßt Sie
die Redaktion**

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

- Klarer Blick im Aufbruch - Volkspartei seit 50 Jahren - Gemeinsam für den Aufbruch	S. 2 - 4
- Wahlergebnisse - Mutige Schulreform würde SchülerInnen helfen und Schulstandorte sichern	S. 4 - 5
- SPD unterstützt Forderung von 23.000 Eltern und Erziehern - Elke Ferner fordert von Schwarz-Gelb gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung der Homo-Ehe - Schwarz-Gelb präsentieren gleichstellungspolitische Nullnummer - <u>EU</u> : MdEP Evelyne Gebhardt zur Dienstleistungsrichtlinie - Evelyne Gebhardt im SPD-Bundesvorstand - - <u>KV Bodensee – MdL Norbert Zeller</u> : Schulmilchförderung hilft Milchbauern und Kindern - Zeller ist gegen PKW-Maut	S. 5 - 8
„Erhalt des Hauptschulstandorts Fischbach“ - Landtagsabgeordneter liest Grundschulern vor	S. 8 - 9
Angemessene Rahmenbedingungen für Lehrer - Kreis braucht inklusives Bildungssystem	S. 9-10
- <u>SBI</u> : Herbsttagung der SBI zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Bodensee	S. 11-12
- <u>SP Schweiz - Kanton Thurgau</u> : SP-Frauen eröffnen „Tafel“-Laden für Bedürftige	S. 12-13
- <u>Kanton SG</u> : Abwertung der Rheintal-Linie und der Ostschweiz - Mehr Chancengleichheit dank Oberstufenreform - Gemeinden sollen Basisstufe fakultativ einführen können	S. 13-15
- <u>SPÖ Vorarlberg</u> : SPÖ startet in die neue Legislaturperiode - Das alljährliche Budgetritual	S. 15-17
- Allmachtswahn der ÖVP wird spürbar - Finanzielle Abgeltung statt Uni-Zugangsbeschränkung	S. 17
- Vorarlberg hinkt bei Fraueneinkommen hinterher – Termine - <u>Kreis BC- Martin Gerster</u> : Verteidigungsminister Jung soll Laupheimer Luftsportvereinen helfen - MdB Gerster lädt Bürger ein - <u>BayernSPD: KV Lindau</u> : Dagmar Nölte führt den SPD-Kreisverband Lindau	S. 17-19
- Hilde Mattheis erklärt sich solidarisch mit den streikenden StudentInnen in Heidelberg	S. 19
- Bildung ist ein öffentliches Gut - Beschäftigungsbrücke durch Altersteilzeit muss erhalten bleiben!	S. 19-20
- Offener Brief zur „Rente mit 67“- Links/Reden – Termine – Parteitage	S. 20-22
- Links Landtagsfraktion B-W - Einladung Sozialistenhut – Stoppt Atomkraft – Impressum	S. 23-26

Klarer Blick im Aufbruch

Zum Ende des SPD-Bundesparteitags hat Sigmar Gabriel dazu aufgerufen, den eingeleiteten Neustart jetzt in der gesamten Partei umzusetzen. "Das wollen wir jetzt machen", sagte der Parteivorsitzende.

Zum Abschluss des Parteitages dankte der neue Parteivorsitzende unter anderem den Delegierten. Sie hätten gezeigt, dass all jene, die ein "Scherbengericht" erwartet hatten, nicht Recht behalten hätten - wie schon oft zuvor in den vergangenen 146 Jahren SPD-Geschichte, so Gabriel.



© Thomas Imo / photothek.net

Die SPD habe auf ihrem Parteitag einen "klaren Blick" bewiesen, offen und fair darüber diskutiert, was in der Vergangenheit gut war und was schlecht. Dresden markiere den Neuanfang, den "Aufbruch für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands". Dabei "fängt vieles jetzt an", mahnte der SPD-Vorsitzende. Jetzt gehe es darum einzulösen, was man gemeinsam

beschlossen hat: Die Öffnung der Partei in die Gesellschaft. Eine Aufgabe, wie Gabriel betonte, die nicht der Parteivorstand allein wahrnehmen könne, sondern die sich der ganzen Partei stelle - von den Ortsvereinen über die Bezirke bis hin zu den Arbeitsgemeinschaften. "Politikwerkstatt", fasste Gabriel zusammen, "das wollen wir jetzt machen."

Beeindruckt zeigte sich der SPD-Vorsitzende nach der Rede Erhard Epllers, "dass zwei Menschen in der Sozialdemokratie, die 30 Jahre auseinander liegen, das gleiche denken und das gleiche sagen". Das für ihn wichtigste Lob, so Gabriel, habe ihm die Witwe Herbert Wehners, Greta, entgegengebracht, die auf dem Parteitag zu Gast war: "Junge, das habt Ihr gut gemacht."

15.11.2009

SPD.de

Volkspartei seit 50 Jahren

Noch heute gilt der Godesberger Parteitag als Geburtsstunde der modernen Sozialdemokratie

Seit genau 50 Jahren begreift sich die SPD als Volkspartei. Am 15. November 1959 stimmten 324 der 340 Delegierten des SPD-Parteitags in Bad Godesberg für das neue Grundsatzzprogramm, das anschließend 30 Jahre die Grundlinien sozialdemokratischer Politik bestimmen sollte.

Der in der Stadthalle von Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959 tagende außerordentliche Parteitag der SPD befasste sich ausschließlich mit der Frage eines neuen Grundsatzzprogramms. Dem waren

umfangreiche Vorarbeiten vorausgegangen. Bereits 1954 beschloss ein Parteitag in Berlin die Einsetzung einer "Großen Programmkommission" - bestehend aus 34 Personen -, die im März 1955 ihre Arbeit aufnahm. Der im Sommer 1958 an alle Parteimitglieder verschickte erste Programmentwurf löste einen breiten innerparteilichen Diskussionsprozess aus, der schließlich im Programmabschluss des Godesberger Parteitags mündete.

Das Godesberger Programm von 1959 war - nach den Jahren der NS-Diktatur und den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs - geprägt durch den sozialdemokratischen Beitrag zur Gründung der Bundesrepublik und stand am Ende einer langen und umfassenden Debatte. Mit diesem Programm trennte sich die SPD von der Vorstellung einer naturnotwendigen Entwicklung zum Sozialismus und formulierte das Erfordernis einer reformorientierten Praxis: Der demokratische Sozialismus sei eine dauerhafte Aufgabe. Programmatisch vollzog die SPD den praktisch schon vollzogenen Wandel von der sozialistischen Arbeiterpartei zur linken Volkspartei. Statt der Forderung nach "Ablösung bürgerlicher Klassenherrschaft" steht die Akzeptanz privaten, jedoch am Gemeinwohl zu orientierenden Eigentums an Produktionsmitteln. Zentrale Forderungen des Programms sind der Rechtsstaat, die soziale Marktwirtschaft und die "freie Entfaltung des Menschen".

Die sozialdemokratischen Grundwerte sind seit Godesberg: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Noch heute gilt der Parteitag von 1959 als entscheidende Station der Sozialdemokratie. Denn das dort beschlossene Grundsatzprogramm war die Voraussetzung, neben der Arbeiterschaft weitere Bevölkerungskreise zu erreichen. So gelang der SPD 1966 mit der Bildung einer Großen Koalition die erste sozialdemokratische Regierungsbeteiligung in der Bundesrepublik. Drei Jahre später stellte die SPD mit Willy Brandt den ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

SPD.de

Gemeinsam für den Aufbruch

Mit einer packenden und inhaltsreichen Rede auf dem SPD-Bundesparteitag hat sich Sigmar Gabriel um den Parteivorsitz beworben. Der Jagd nach Zustimmung in der so genannten politischen Mitte erteilte er eine Absage. Es gehe vielmehr um die Deutungshoheit.

Obwohl die heutige Zeit "nach sozialdemokratischen Antworten schreit", habe die SPD "eine historische Niederlage" erlitten, stellte Gabriel in seiner Rede vor seiner Wahl zum Parteivorsitzenden fest. Und "wer

ein derartiges Wahlergebnis bekommt, der hat mehr als nur ein Kommunikationsproblem."



© Marco Urban

Die Mitte zurückerobern

In seiner inhaltsstarken und mitreißenden Rede, die immer wieder von begeistertem Beifall unterbrochen wurde, räumte Gabriel Fehler der SPD in der Regierungsarbeit ein, verwies aber ebenso auf die sozialdemokratischen Erfolge für die Menschen in Deutschland - etwa das Nein zum Irak-Krieg, der Atomausstieg und die ökologische Erneuerung oder auch der Ausbau der Kinderbetreuung.

Als zentralen Fehler der SPD in den vergangenen Jahren bezeichnete Gabriel die Jagd nach der so genannten politischen Mitte. Die Partei sei in der Frage einem Missverständnis erlegen. Sie habe die "politische Mitte" für einen festen Ort gehalten, der sich unter anderem nach Einkommens- oder Berufsgruppen oder politischen Einstellungen orientiert, denen man sich anzupassen habe. Dabei sei die Mitte ein "Deutungsort der Gesellschaft", so Gabriel. "Wer die richtigen Fragen, und die richtigen Antworten bereithält. Der steht in der Mitte der Gesellschaft. Man muss diese Deutungshoheit erobern, von links".

Seit dem Fall der Mauer sei es den Marktradikalen mehr und mehr gelungen, die Mitte für sich zu reklamieren, erklärte Gabriel. Die SPD habe sich "schrittweise dieser Deutungshoheit angepasst". Und damit auch Politikkonzepte verfolgt, "die unsere Wählerschaft in ihrem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit verletzt haben und Abstiegsängste ausgelöst haben". Daraus müsse die SPD die Lehre ziehen, dass sie sich nie "anderer Leute Deutungshoheit anpassen darf, sondern dass wir immer um unsere Deutungshoheit kämpfen".

Es gehe darum, mit den eigenen politischen Zielen die Mehrheit im Land zu überzeugen. Dann stehe die SPD in der Mitte der Gesellschaft.

Die Partei als Politikwerkstatt

Etwa bei den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Bildung, Integration oder Chancengleichheit. Und dafür müsse sich die Partei zur Ge-

sellschaft öffnen, zuhören und diskutieren in Vereinen, mit Initiativen und Verbänden. Gabriel warb für eine SPD als "Politikwerkstatt für gesellschaftlichen Fortschritt". Eine Partei, die Menschen einlädt, mitzumachen, nicht den Anspruch erhebt, schon alle Antworten zu haben, sondern die Menschen bittet, mitzumachen und mitzuhelfen.

Auch in der SPD selbst will Gabriel die Kommunikation verbessern, um den Sachverstand aus allen Teilen der Partei zu nutzen. Dafür schlug er in seiner Rede beispielsweise jährlich tagende Arbeitsparteitage vor, auf denen ausschließlich über Politik diskutiert wird, oder auch Urwahlen, bei denen alle Mitglieder zu konkreten Themen befragt werden. Mit SPD-Kommunalpolitikerinnen und -politikern in einem neu einzurichtenden Gremium beim Parteivorstand regelmäßig beraten.

Die sozialdemokratische Idee

"Wir stehen wieder vor einem Aufbruch und einem neuen Anfang mit sozialdemokratischen Herausforderungen", schloss Gabriel seine Rede. Er warb für die ursprüngliche sozialdemokratische Idee, die die Menschen immer zur SPD geführt hat: "Dass man nicht gebunden ist an das Einkommen, an die Arbeit der Eltern. Dass man nicht gebunden ist an das Geschlecht, an die Hautfarbe, die Religion. Der Lebensweg muss frei sein." Aufstiegsperspektive: "Diese Idee wieder wachzurufen, darum geht es in den nächsten Jahren. Dafür wollen wir arbeiten. Das geht nur, wenn wir das zusammen machen."

13.11.2009

SPD.de

Wahlergebnisse

Wahlergebnis Parteivorsitzender

Sigmar Gabriel wurde auf dem ordentlichen SPD-Bundesparteitag in Dresden am 13. November 2009 zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt.

Ja-Stimmen: 472 (94,2 Prozent)

Wahlergebnis Generalsekretärin

Andrea Nahles wurde auf dem ordentlichen SPD-Bundesparteitag in Dresden am 13. November 2009 zur Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt.

Ja-Stimmen: 355 (69,6 Prozent)

Wahlergebnisse stellv. Parteivorsitzende

Hannelore Kraft, Manuela Schwesig, Olaf Scholz und Klaus Wowereit wurden auf dem ordentlichen SPD-Bundesparteitag in Dresden am 13. November

2009 zu stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt.

Wahlergebnis Hannelore Kraft:

Ja-Stimmen: 459 (90,2 Prozent)

- **Wahlergebnis Olaf Scholz:**

Ja-Stimmen: 436 (85,7 Prozent)

- **Wahlergebnis Manuela Schwesig:**

Ja-Stimmen: 445 (87,8 Prozent)

- **Wahlergebnis Klaus Wowereit:**

Ja-Stimmen: 455 (89,6 Prozent)

Wahlergebnis Schatzmeisterin

Barbara Hendricks wurde auf dem ordentlichen SPD-Bundesparteitag in Dresden am 13. November 2009 zur Schatzmeisterin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wiedergewählt.

- **Wahlergebnis Barbara Hendricks:**

Ja-Stimmen: 458 (90,2 Prozent)

Mitglieder des Parteivorstandes aus B-W

- **Friedrich, Peter 217**

- **Gebhardt, Evelyne 252 (1.WG)**

- **Mattheis, Hilde 247**

- **Vogt, Ute 280 (1.WG)**

13./14. 11.2009

SPD.de

Mutige Schulreform würde Schülerinnen und Schülern helfen und Schulstandorte sichern.

„Berlin wagt eine Schulreform, die auch in Baden-Württemberg ein gutes Angebot für Schülerinnen und Schüler wäre und darüber hinaus Schulstandorte sichern würde“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis. „Während die Landesregierung die Zusammenlegung von Werkrealschulen propagiert und damit Hauptschulen zu reinen Restschulen macht und bisher gute Schulstandorte zerstört, geht man in Berlin den richtigen Weg und verabschiedet sich ganz von dem alten Konzept der Hauptschule.“

In Berlin wird es nach der Grundschule zukünftig nur noch zwei Schularten geben: das Gymnasium und die neue integrierte Sekundarschule. Auf dieser integrierten Sekundarschule können die Schülerinnen und Schüler alle Abschlüsse, also auch die Hochschulreife, erlangen. Damit wird dem nach der PISA-Studie oft gefordertem Ansatz des „langen gemeinsamen Lernens“ Rechnung getragen. Schwächere Schülerinnen und Schüler werden nicht aussortiert sondern gefördert genauso wie leistungsstarke. Jeder Schüler und jede Schülerin kann auf einer Schule den für sich bestmöglichen Abschluss erzielen. Die Sekundarschulen sind als Ganztagschulen konzipiert und sind keine Restschulen. Das Land Berlin stellt 400 zusätzliche ErzieherInnen und LehrerInnen ein.

„Die Konzepte der Regierung Oettinger grenzt Kinder noch mehr aus und vielen Kommunen geht ein wichtiger Standortfaktor, die eigene Schule, verloren.“ So Hilde Mattheis.

21.10.2009

Mattheis Hilde Mitarbeiter 01

SPD unterstützt Forderung von 23.000 Eltern und Erziehern an Kindertagesstätten

Bildungsexperte Norbert Zeller:

„Erzieherinnen müssen entlastet werden, um Orientierungsplan schnell und umfassend umsetzen zu können“

Elternvertreter:

„Der bisherige Zustand in den Kitas ist ein Armutszeugnis für das Land“

23.000 Eltern und Erzieherinnen aus Baden-Württemberg fordern, dass die Personalsituation an den Kindergärten auch wegen der Einführung des Orientierungsplans verbessert wird. Dies ist das Ergebnis einer gemeinsamen Unterschriftenaktion von Kita-Bündnis und Landeselternrat Baden-Württemberg. Christel Ulmer und Petra Frisch vom Kita-Bündnis sowie Jürgen Zimmermann und Peer Gimsch vom Landeselternrat haben die Unterschriften heute an den SPD-Abgeordneten und Vorsitzenden des Schulausschusses, Norbert Zeller, übergeben. Zeller nahm die Unterschriften entgegen, da Ministerpräsident Oettinger als Hauptadressat von Erzieherinnen und Eltern dazu nicht bereit gewesen sei, wie die Verbände erklärten.

Der SPD-Bildungsexperte verlangte, den Orientierungsplan „schnell und umfassend umzusetzen“. Das sei aber nur bei einer finanziellen Beteiligung des Landes möglich. Gefordert wird, dass sich eine Erzieherin nur noch um zwölf Kinder kümmern müsse.

Bisher lautet die Aufteilung 1,5 Kräfte auf eine Gruppe mit 28 Kindern.

Christel Ulmer vom Kita-Bündnis wies vor den Journalisten darauf hin, dass die Erzieherinnen „die Arbeit an und mit den Kindern kaum mehr leisten können“. Für die Erzieherinnen habe es in den vergangenen Jahren immer mehr Aufgaben gegeben, etwa die Einführung eines Qualitätsmanagements, die Aufnahme von Kindern unter drei Jahren, die neue Einschulungsuntersuchung, die verstärkte Sprachförderung und jetzt der Orientierungsplan. Demgegenüber habe sich die Personalausstattung der Kindergärten nicht geändert. „Mit dieser bisherigen Besetzung lässt sich die Qualität nicht halten“, sagte Ulmer, die selbst eine Kindertagesstätte in Neukirch leitet. Bei diesem Schlüssel hätte eine Erzieherin pro Tag elf Minuten Zeit, um sich um ein Kind zu kümmern. Bei einem Schlüssel von 1 zu 12 wären es wenigstens 25 Minuten, sagte Petra Frisch vom Kita-Bündnis.

Die Erzieherin Ulmer betonte, die Verbände befänden sich mit den Trägern in einem Boot. Auch die Kommunen könnten angesichts ihrer Finanzknappheit keine besseren Rahmenbedingungen schaffen. „Hier muss viel Geld von der Landesregierung fließen“, sagte Ulmer.

Auch Jürgen Zimmermann, stellvertretender Vorsitzender des Landeselternrats, unterstrich, dass die Kommunen die geforderte Verbesserung nicht stemmen könnten. „Der bisherige Zustand ist ein Armutszeugnis für das Land“, sagte er. Viele Projekte seien begonnen worden, aber die Konstanz in der Kindergartenarbeit fehle. „Wir wollen, dass die Erzieherin mehr Zeit für die Kinder hat“, sagte er. Das Land solle deshalb die Hälfte der Kosten übernehmen, um das Verhältnis 1 zu 12 einzuführen.

Ulmer schlug dafür einen Stufenplan vor. Danach müsse der Personalschlüssel im ersten Schritt von 28 Kindern bei 1,5 Kräften auf 24 Kinder bei zwei Kräften verbessert werden. Bis 2013 wäre dann ein zweiter Schritt notwendig, bei dem auch die Leitungskräfte von der Arbeit in den Gruppen freigestellt werden müssten.

Die Kosten für eine solche Umstellung sind umstritten. Zeller geht wie die kommunalen Landesverbände von rund 600 Millionen Euro für die qualitätsvolle Einführung des Orientierungsplans aus.

Stuttgart, 19. Oktober 2009

Dr. Roland Peter, Pressesprecher

Elke Ferner fordert von Schwarz-Gelb gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung der Homo-Ehe

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) begrüßt das eindeutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach eingetragene homosexuelle Lebensgemeinschaften bei der Betriebsrente im öffentlichen Dienst der Ehe gleichgestellt werden müssen. Dazu erklärt die ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner:

Das Urteil spricht eine deutliche Sprache und entspricht voll und ganz der Beschlusslage der SPD: Benachteiligungen gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften gegenüber der Ehe sind unzulässig! Der fehlende Anspruch bei der Hinterbliebenenversorgung im öffentlichen Dienst für gleichgeschlechtliche Lebenspartner verletzt deren Grundrecht auf Gleichbehandlung. Die SPD möchte diese schreiende Ungerechtigkeit schon seit langem beenden - ebenso wie Privilegien der Ehe ohne Kinder im Steuerrecht.

Wir wollen die volle Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe und plädieren für eine Ergänzung des Artikels 3 im Grundgesetz.

Jetzt ist die neue Bundesregierung am Zuge und muss in unserem Sinne handeln!

Bislang konnte sich die Union mit ihrem antiquierten Ehe- und Familienverständnis in der großen Koalition hinter zweifelhaften Urteilen des Bundesgerichtshofes verschanzen. Mit dieser Blockadepolitik ist jetzt endgültig Schluss!

Die Union muss sich dank des gestrigen Urteils bewegen - ob sie will oder nicht!

Und die FDP wird nun beweisen müssen, wie durchsetzungsstark sie in dieser neuen Koalition ist.

Bislang haben wir von der FDP lediglich alljährlich zum Christopher-Street-Day (CSD) faule Sonntagsreden gehört.

Wenn es dagegen in Regierungsverantwortung um die reale Umsetzung der Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften ging, hat die FDP im Bundesrat regelmäßig gekniffen.

Nach dem kläglichen Scheitern der FDP auf vielen anderen Gebieten in den Koalitionsverhandlungen ist zu bezweifeln, ob die Liberalen nun wenigstens das eindeutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts nutzen, um die Union bei der längst überfälligen

Abschaffung der Benachteiligungen von Lebenspartnern zum Handeln zu bewegen.

Fest steht: Das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist ein weiterer großer Schritt in Richtung Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften und entspricht dem modernen, lebensnahen Gesellschaftsbild der SPD!

Deshalb werden wir auch nicht locker lassen, bis die volle Gleichstellung für eingetragene Lebenspartner erreicht ist und Diskriminierungen von Regenbogenfamilien - auch im Steuerrecht - abgeschafft sind!

Berlin, 23. Oktober 2009

Pressestelle SPD

Schwarz-Gelb präsentieren gleichstellungspolitische Nullnummer

Zum Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Elke Ferner, MdB:

Die schwarz-gelbe Koalition wird in den kommenden vier Jahren gleichstellungspolitisch auf der Stelle treten. Dieser Koalitionsvertrag ist ein gleichstellungspolitisches Armutszeugnis. Außer halbherzigen Appellen an die Wirtschaft und Selbstverpflichtungen, die nichts bewirken, wenn es um die Beseitigung der Lohnungleichheit oder die Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen geht, gibt es keine substanziellen Aussagen zur Gleichstellungspolitik.

Mit der Ablehnung eines flächendeckenden Mindestlohnes verhindert Schwarz-Gelb, dass Millionen von Frauen ein Existenz sicherndes Einkommen aus Vollzeitarbeit erhalten. Die angekündigte Steuerreform entlastet insbesondere Bezieher hoher Einkommen, bei denen Frauen nach wie vor unterrepräsentiert sind.

Die Einführung einer Herdprämie verfestigt die alten Rollenmuster und benachteiligt Alleinerziehende und Eltern, die ihre Kinder in Einrichtungen betreuen lassen, um gleichzeitig ihrer Erwerbsarbeit nachgehen zu können. Sie hält insbesondere Kinder von frühkindlicher Bildung fern, die sie am notwendigsten hätten.

Die Einführung einer Kopfprämie bei der gesetzlichen Krankenversicherung benachteiligt ebenfalls die Bezieherinnen unterer Einkommen. Eine weitere Verbesserung des Schutzes vor Diskriminierung mit Hilfe der Europäischen Kommission wird abgelehnt.

Dem neuen Bundeskabinett werden weniger Frauen angehören als bisher. Waren es zuletzt etwa 44 Prozent, so sind es jetzt nur noch vier Ministerinnen, der

Frauenanteil liegt unter einem Drittel. Vier Jahre Schwarz-Gelbe Koalition werden vier verlorene Jahre für die Frauen in unserem Land sein.

Berlin, 24. Oktober 2009

Pressestelle SPD



**Fraktion der
Sozialdemokratischen Partei Europas
SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament**

Hohenlohekreis leistet Pionierarbeit

MdEP Evelyne Gebhardt zur Dienstleistungsrichtlinie

"Es ist zu begrüßen, dass der Hohenlohekreis bei der Umsetzung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie Pionierarbeit leistet." Das erklärte die im Europäischen Parlament für dieses Gesetz verantwortliche Abgeordnete Evelyne Gebhardt aus Muldingen im Hohenlohekreis am Donnerstag am Rande der Sitzung des Parlaments in Straßburg.

Das Hohenloher Konzept verwirkliche die in dem europäischen Gesetz vorgegebenen Möglichkeiten zur Verwaltungsvereinfachung. Dienstleistungsunternehmen und Bürgern würden so überflüssige Bürokratie und unnötige Behördengänge erspart. Evelyne Gebhardt: "Alle reden gern vom Bürokratieabbau. Hier wurden einmal Nägel mit Köpfen gemacht."

"Der so genannte einheitliche Ansprechpartner war einer der Schlüssel, um Dienstleistungen im europäischen Binnenmarkt ohne Sprachbarrieren und Behördenschranken so freizügig zu machen wie Waren und Geld", erläuterte die SPD-Abgeordnete. Dass er Behörden und Bürgern gleichzeitig das Leben leichter macht, sei die erfreuliche Zugabe.

Die Europaabgeordnete, die schon mehr als fünf Jahre die parlamentarische Verantwortung für die Dienstleistungsrichtlinie trägt, freute sich: "Mit meiner Arbeit und der vorbildlichen Umsetzung im Landratsamt ist die in ganz Europa gelobte Richtlinie zum echten Hohenloher Gewächs geworden."

23.10.2009

Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Evelyne Gebhardt im SPD- Bundesvorstand

Hohenloher Europaabgeordnete in Dresden gewählt

Evelyne Gebhardt kann sich freuen: Die Europaabgeordnete aus Muldingen im Hohenlohekreis wurde am Wochenende in Dresden in den Bundesvorstand der

SPD gewählt. Die aus Paris stammende Politikerin erreichte bereits im ersten Wahlgang die notwendige Stimmzahl für das höchste Führungsgremium der Sozialdemokratischen Partei.

Die Abgeordnete will sich im SPD-Vorstand verstärken für das soziale Europa einsetzen, weil einzelne Staaten die Herausforderungen der Globalisierung nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen können. Sie erklärte nach ihrer Wahl: „Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben für eine gerechte und solidarische Gesellschaft gekämpft und gelitten. An uns ist es, mit Herz und Verstand ihren Traum endlich zu verwirklichen.“

Dabei dürften sich die Sozialdemokraten im Tief nach den Wahlniederlagen nicht ablenken lassen, sondern müssten sich auf die eigenen Werte besinnen. Evelyne Gebhardt: „Im engen Kontakt mit der Bevölkerung müssen wir wieder Vertrauen in unseren Weg zum sozialen und solidarischen Staat herstellen, in dem alle zum gemeinsamen Nutzen am gleichen Strang ziehen.“

Sie halte es für eine dringliche Aufgabe des in Dresden neu gewählten SPD-Vorstandes, Fehlentwicklungen zu erkennen, und die Partei im Lichte des erst vor wenigen Jahren modernisierten Grundsatzprogramms zu Korrekturen zu führen, fügte die Abgeordnete hinzu. Evelyne Gebhardt: „Wenn wir uns selbst verleugnen und nach anderen schießen, werden wir nicht weit kommen.“

14.11.2009

Europabüro Evelyne Gebhardt, MdEP

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



MdL Norbert Zeller

Norbert Zeller:

Schulmilchförderung hilft Milchbauern und Kindern

Norbert Zeller, SPD-Abgeordneter der Bodenseeregion weist die Milchbauern im Land angesichts ihrer aktuellen Blockaden darauf hin, dass sie durch ein Schulmilchprogramm eine große Milchmenge absetzen könnten. Die Landesregierung habe diese Möglichkeit bislang sträflich vernachlässigt, erklärt Zeller, der auch als Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Landtag von Baden-

Württemberg ein Interesse an guter Verpflegung der Schulkinder hat.

„Landwirtschaftsminister Hauk beschränke sich darauf, vor den Kameras ein Glas Milch zu trinken und auf Pilotprojekte zu verweisen, anstatt wenigstens bei der Schulmilch zu handeln“, kritisiert Zeller, dessen Wahlkreisbüro auch schon einmal von den Milchbauern aus dem Bodenseekreis mit einer Traktorschläge spektakulär besucht wurde. Zeller hat sich in mehreren Gesprächen mit den Milchbauern aus der Bodenseeregion mit deren existenzbedrohender Lage auseinandergesetzt und auch im Landtag eine entsprechende parlamentarische Initiative gestartet. Er steht auf Seiten der Milchbauern.

Die neue Stellungnahme der Landesregierung zum SPD-Antrag, die Schulmilch wieder stärker zu verbreiten, bestätigt den Abwärtstrend beim Milchkonsum in Schulen und Kindergärten. Nur noch an 6 Prozent der Grundschulen und an 1 bis 2 Prozent der Kindertagesstätten im Land erhalten Kinder derzeit noch Schulmilch. Die an Kinder ausgegebene Milchmenge ging seit 1980 von über 10.000 Tonnen auf knapp 800 Tonnen zurück, also auf weniger als ein Zehntel. Die SPD hält deshalb ein neues Schulmilchprogramm für notwendig. Damit könnten die Milcherezeuger unterstützt und die Ernährung der Kinder mit preiswerten und täglichen Portionen verbessert werden. „Wenn die Landesregierung auf unseren Vorschlag eingehen würde, hätten alle etwas davon“, sagte Zeller.

Da das derzeitige Schulmilchprogramm der EU für Molkereien und Schulen allein nicht attraktiv sei, müsse das Land einige Cent pro Milchportion tragen. Zeller und seine Fraktion fordern, dass das Land ebenso wie die EU 4,5 Cent pro Glas übernehmen solle. „Wenn die Hälfte der Schüler erreicht werden würde, wäre das ein Betrag von rund zwei Millionen Euro. Sie könnten überwiegend aus dem Agrarhaushalt getragen werden“, erklärt der Abgeordnete der Bodenseeregion.

23.10.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Gegen Abzocke bei Pendlern:

Zeller ist gegen PKW-Maut

In einer Stellungnahme auf den Vorstoß der Kreis-CDU, die mit einem Antrag an den Kreistag vorpreschte, mit dem Ziel durch die Einführung einer Vignette für die Finanzierung der B 31 einen Beitrag zu leisten, erklärt Norbert Zeller als Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, dass dies nur eine Abzocke für die Pendler bedeuten würde.

„Das sind dreiste Abzockversuche bei den Pendlern“ so erteilt der Abgeordnete der Bodenseeregion dem aktuellen Pkw-Maut-Vorstoß der CDU- eine klare Absage.

Er verwies darauf, dass Kfz- und Mineralölsteuer derzeit rund 50 Milliarden Euro in die Staatskassen spülten, die Lkw-Maut bringt zusätzliche rund drei Mrd. Euro. Wenn die CDU argumentiere, dies mit der Maut einzunehmen und dafür zum Ausgleich die Kfz- und Mineralölsteuer zu streichen, sei dies schon finanziell nicht nachvollziehbar. Durch eine weitere Säule der Finanzierung entstehe eine neue Bürokratie, für die allein mindestens 10 Prozent der Mauteinnahmen gebraucht werden würden. „Das ist eine Milchmädchenrechnung“, meint Zeller.

Zudem wäre es ein Bärendienst für die Umwelt, die Mineralölsteuer zu reduzieren, wie von Der CDU gewünscht, sagte Norbert Zeller. Ausgerechnet die Steuer, die Vielfahrer am stärksten einbeziehe, soll verringert werden, während die Maut hier eine Verschlechterung bringe. Vor allem Schnellfahrer sowie Vielfahrer auf Bundes- und Landesstraßen würden mit einer solchen Maut offensichtlich nicht erfasst werden. „Der CDU-Kreisverband zeigt damit, dass ihm die Probleme der Umwelt trotz der Klimadebatte nicht am Herzen liegen“, sagte Zeller: „Eine moderne Umwelt- und Verkehrspolitik sieht anders aus.“

06.11.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Zeller unterstützt mit Brief an Rau:

„Erhalt des Hauptschulstandorts Fischbach“

In einem Schreiben an Kultusminister Rau setzt sich der Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Landtag von Baden-Württemberg und Abgeordneter der Bodenseeregion, Norbert Zeller, für die Beibehaltung des Schulstandorts Fischbach ein. Bestärkt wird der Abgeordnete durch ein Gespräch mit Elternvertretern und der Aktion von Schülerinnen und Schülern für ihre Schule.

Bedingt durch die Novellierung des Schulgesetzes können künftig Werkrealschulen bis zu 10. Klasse entstehen. Diese neuen Werkrealschulen sollen nach dem Willen der Landesregierung zweizügig sein. Das Gesetz räumt allerdings die Möglichkeit ein, an verschiedenen Standorten die Zweizügigkeit herzustellen. Bezogen auf Friedrichshafen bedeutet dies, dass die Ludwig-Dürr-Schule und die HS Fischbach an zwei Standorten zusammengefasst werden können.

Die Schulverwaltung dagegen ist derzeit bemüht, möglichst Schulen an nur einem Standort zu konzent-

rieren. Dem widersprechen Eltern und Schüler aus Fischbach aber vehement. Die Argumente dafür liegen klar auf der Hand, so Zeller:

Die HS Fischbach bietet für die Hauptschüler und Hauptschülerinnen ideale Lernbedingungen; insbesondere durch kleine Klassen kann eine intensive Betreuung garantiert werden. Zeller ist sich mit den Eltern und Schülern der HS Fischbach einig, dass „eine Kinderlandbeförderung nachteilig ist und für die Eltern unsinnige Beförderungskosten entstehen“. Auch biete die Schule Fischbach ein ausreichendes Raumprogramm für die Schüler von der 5. bis zur 9. Klasse. Mit einer eventuellen Neueinteilung der Schulbezirke kann es in Friedrichshafen in einer Übergangsphase gelingen, Hauptschulstandorte zu stabilisieren, erklärt Zeller.

Gemeinderatsmitglied Dieter Stauber kritisierte die bisherige Informationspolitik der Stadtverwaltung: „Bislang habe ich alles in Sachen Hauptschule über die Presse erfahren“. Zeller stelle eindeutig klar, dass die Stadt Friedrichshafen als Schulträger nach dem Schulgesetz überhaupt nicht verpflichtet ist bis zum 15. Dezember dieses Jahres eine Entscheidung über die Standorte der Werkrealschule zu treffen. Dieser Zeitdruck werde in unverantwortlicher Art und Weise von der Schulverwaltung aufgebaut. Es sei jederzeit möglich in den darauf folgenden Jahren Entscheidungen über die Schulentwicklung zu fällen. Außerdem vermisst der Bildungsexperte die eingeschränkte Bildungsdiskussion bezogen auf die Hauptschulen. Die Vision „Bildungsstadt Friedrichshafen“ umfasse eine schulartübergreifende Konzeption und dürfe sich nicht nur auf eine Schulart reduzieren, meint Zeller. Um eine solche konzeptionelle Diskussion zu führen, aber ist die Einbeziehung aller Beteiligten Voraussetzung und dazu brauche es Zeit, moniert der Schulexperte Zeller.

27.10.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Norbert Zeller macht mit beim bundesweiten Vorlesetag

Landtagsabgeordneter liest Grundschulern vor

Am bundesweiten Vorlesetag, dem 13. November 2009, lesen wieder zahlreiche Bücherfreunde und Prominente aus ihren Lieblingsbüchern vor. Mit dabei ist Norbert Zeller in der Nonnenbachschule in Kreßbronn.

Kinder zum Lesen von Büchern zu animieren, ist Ziel des bundesweiten Vorlesetags am 13. November. SPD-Landtagsabgeordneter Norbert Zeller und selbst Lehrer ist in diesem Jahr an der Nonnenbachschule in Kreßbronn als prominenten Vorleser dabei. Er liest

vor Grundschulern aus allen vierten Klassen aus dem Roman von Peter Härtling „Das war der Hirbel“. „Es ist eines meiner Lieblingsbücher und ein zeitloses Kinderbuch von tiefer Bedeutung“, meint Zeller, der den Schülern auch Exemplare dieses Buches schenken wird. „Als Vorleser möchte ich einen ganz persönlichen Beitrag leisten, damit Kinder zum Lesen animiert werden“, erklärt der SPD-Bildungspolitiker, „denn leider zeigen Studien, dass es mit der Lesekompetenz unserer Kinder immer mehr hapert“. Es werde den kleinen Kindern zu wenig vorgelesen und als Folge davon später von den Kindern und Jugendlichen selbst zu wenig gelesen, bedauert Zeller.

Einer aktuellen Studie der Deutschen Bahn, der ZEIT und der Stiftung Lesen zufolge lesen 42 Prozent aller Eltern mit Kindern „im besten Vorlesealter“ von 0 bis 10 Jahren ihren Kindern nur selten oder gar nicht vor. Andere Studien belegen, dass ein Viertel aller 15-Jährigen in Deutschland nicht richtig lesen kann, fast die Hälfte nimmt nie ein Buch zum Vergnügen in die Hand.

04.11.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Norbert Zeller fordert:

Angemessene Rahmenbedingungen für Lehrer an zukünftigen Haupt- und Werkrealschulen

Der SPD-Landtagsabgeordnete für die Bodenseeregion, Norbert Zeller, fordert die Landesregierung auf, zukünftig den Lehrern an Haupt- und Werkrealschulen die gleiche Entlastung zukommen zu lassen wie an den Realschulen bereits üblich.

„Wenn an die Haupt- und Werkrealschulen die gleichen Anforderungen gestellt werden wie an Realschulen und beide auch den mittleren Bildungsabschluss vermitteln sollen, ist eine unterschiedliche Behandlung nicht gerechtfertigt.“ Derzeit erhalten die Lehrkräfte an den Realschulen für die Verwaltungsaufgaben eine um ca. 40 Prozent höhere Stundenzahl zugewiesen als die Hauptschulen/Werkrealschulen. So liegt der Berechnungsfaktor pro Klasse für Verwaltungsaufgaben an Grund- und Hauptschulen mit 0,35 niedriger als der bei Realschulen, wo er bei 0,5 liegt.

Für den SPD-Landtagsabgeordneten ist klar, dass durch die zum neuen Schuljahr eingeführte Werkrealschule zusätzliche Belastungen auftreten. Werkrealschulen sollen es laut Wunsch der Landesregierung begabten Hauptschülern ermöglichen, in einem 10. Hauptschuljahr die Mittlere Reife erlangen. Verschiedene Prüfungsvorgänge in Klassen 9 und 10, die soziale Integration der aus mehreren Herkunftsschu-

len zusammen gewürfelten Klassen, die Neuorganisation der Lehr-, Unterrichts- und Arbeitsmaterialien – all das wird zu einem enorm steigenden Arbeitsaufwand an den Schulen führen, prophezeit Zeller. „Das Land lässt die Lehrer jedoch mit der Problematik im Regen stehen“, kritisiert der SPD-Parlamentarier.

In einem Antrag wollte die SPD im Landtag daher von der CDU/FDP-Landesregierung nun eine Verbesserung einfordern und wissen, mit welcher Entlastung die Lehrkräfte an der neuen Werkrealschule rechnen können und inwieweit sie den Realschulen gleichgestellt werden. Die enttäuschende Antwort von Kultusminister Rau (CDU): Es bleibt alles beim Alten.

Auch der Mehrbelastung, die es vor allem in der ersten Phase der Umstellung, etwa auch durch die Erstellung neuer Schulprofile, geben wird, wird also an anderer Stelle nicht Rechnung getragen, kritisiert Norbert Zeller. Er bekräftigt aber auch nochmals sein grundsätzliches Nein zur neuen Schulart „Werkrealschule“. Damit forciert die Landesregierung aus seiner Sicht die Schließung von zahlreichen Schulstandorten. Zudem sei die neue Werkrealschule lediglich ein Etikettenschwindel. Die Probleme des dreigliedrigen Schulsystems könnten dadurch nicht gelöst werden. „Wer motivierte Lehrer haben will und aus ideologischen Gründen nicht an der Hauptschule rütteln will, muss die Wertschätzung der Arbeit der Lehrer daher eben z.B. durch eine Neuberechnung der Allgemeinen Entlastungskontingenzstunden für Werkrealschulen beibringen“, so Zeller.

05.11.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Antrag der SPD-Fraktion:

Kreis braucht inklusives Bildungssystem

Die SPD-Kreistagsfraktion im Bodenseekreis will, dass Menschen mit Behinderung wie alle anderen Menschen inmitten der Gemeinde und des Kreises leben und an allen gesellschaftlichen Regelarten teilhaben können und dafür auch alle für sie erforderliche Unterstützung erhalten. Dies hat die Fraktion unter Vorsitz von Norbert Zeller in einem Antrag an den Kreistag gefordert. Für die SPD-Kreistagsfraktion gehört vor allem die Einrichtung eines flächendeckenden Netzes an Regelschulen, in denen Schülerinnen und Schüler mit Behinderung ein ihren individuellen Bedürfnissen entsprechendes Förder- und Unterstützungsangebot erhalten. Sie sollen in ihrem räumlich-sozialen Umfeld, also wohnortnah, eine inklusive Regelschule besuchen können.

Die SPD-Kreistagsfraktion verweist auf die seit dem 19.12.2008 von der Bundeskanzlerin unterzeichnete UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Diese seit fast einem Jahr gültige Konvention verpflichtet grundsätzlich zur Einrichtung eines inklusiven Bildungs- und Schulsystems, so der

Fraktionsvorsitzende Norbert Zeller, selbst Sonderlehrer und Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Landtag von Baden-Württemberg.

Die SPD-Kreistagsfraktion fordert in ihrem Antrag, der Landrat Wölfle zugesandt wurde, zu beantworten, welche Kindertageseinrichtungen im Kreis ein Förderangebot für Kinder mit Behinderungen haben und wie viele Kinder an einem solchen kreisweit teilnehmen. Auch welche personellen, materiellen und weiteren Angebote der Kreis für diese Förderangebote stellt, wollen die SPD-Kreistagsmitglieder wissen und welche allgemeinbildenden Schulen im Bodenseekreis für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ein entsprechendes Förder- und Unterrichtsangebot vorweisen. Ebenso will die Fraktion eine Antwort auf die Frage, welche Unterstützung Betriebe und Unternehmen von Seiten des Landkreises erhalten, um behinderte Menschen in den regulären Arbeitsprozess einzubeziehen. Der Kreis soll Antwort darauf geben, mit welchen konkreten Maßnahmen der Bodenseekreis die Forderungen der Un-Konvention umsetzt, um das Angebot für Menschen mit Behinderung auszubauen und welche Verbände, Organisationen, Vereine und Gruppen dabei einbezogen sind.

„Inklusion ist heute noch eine Vision, aber keine Illusion“, erklärt Norbert Zeller für seine Fraktion, die von Geburt an keine Aussonderung und Sortierung von jungen Menschen in unterschiedliche Gruppen mehr will. Sie akzeptiert auch keine Trennung in integrierbare und nicht integrierbare Kinder, sondern verlangt eine Orientierung an den individuellen Lernmöglichkeiten und am Unterstützungsbedarf jedes einzelnen Kindes. Dazu müssen die Kindertageseinrichtungen und allgemeinbildenden Schulen mit entsprechenden Angeboten alle Kinder aufnehmen, so die Forderung der Sozialdemokraten. Eine Integration reduziert auf bloßes Nebeneinander statt auf ein Miteinander im Unterrichtsgeschehen von Kindern mit und ohne Behinderung, wird von den SPD-Kreistagsmitgliedern nicht akzeptiert. „Unterschiedlichkeit in menschlichen Gemeinschaften soll der Normalzustand sein“ fordern sie für den Bodenseekreis.

30.10.2009 Norbert Zeller MdL, Fraktionsvorsitzender

Termine:

23.11.2009

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

14.12.2009

Kreisvorstandssitzung (geplant)

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Herbsttagung der SBI zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Bodensee

Die Bodensee-Internationale der Sozialdemokratinnen u. Sozialdemokraten (gegründet in Bregenz im Jahr 1902) widmete ihre diesjährige Herbsttagung dem Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Dreiländereck. Über 60 Genossinnen und Genossen nutzten am letzten Oktober-Samstag im obersten Stockwerk des alten Zeughauses am Romanshorer Fährehafen (zu einem Museum über den früheren Trajektverkehr Romanshorn-Friedrichshafen umgebaut) die Gelegenheit, sich über den Stand der einzelnen Projekte der Internationalen Bodenseekonferenz der Regierungschefs im Verkehr, im Gesundheitswesen oder im Kulturbereich zu informieren.

Peter Gubser, der Präsident der Sozialdemokratischen Partei im Kanton Thurgau und Organisator der Tagung, hieß dazu den Chef der Thurgauer Kantonsregierung und Parteifreund, **Dr. Claudius Graf-Schelling (Arbon)** als prominenten Experten und Referenten willkommen. Claudius Graf Schelling präsidiert in diesem Jahr auch die Internationale Bodenseekonferenz (IBK), die seit 1972 besteht. Sie koordiniert mit einem Ständigen Ausschuss und 7 Fachkommissionen die Planungen für den „Verflechtungsraum Bodensee“ aus den insgesamt 10 Anrainerländern und -Kantonen, von Zürich und Schaffhausen bis nach Vorarlberg und Liechtenstein. Die Geschäftsstelle der IBK befindet sich in der Nachbarschaft des Landratsamts Konstanz, Benediktinerplatz 1. Unter den rund 500 verschiedenen Leitz-Ordnern für jedes wichtige Fachgebiet befindet sich auch ein gut gefüllter Ordner mit Unterlagen aus der Sozialistischen Bodensee-Internationale, die von der IBK somit „diplomatisch anerkannt“ ist.

Die IBK fördert mit Mitteln aus der EU und aus der Schweiz derzeit rund 300 Projekte aus dem INTER-

REG-Programm der EU zur verbesserten Zusammenarbeit in den Grenzregionen von EU-Ländern mit Nicht-EU-Ländern wie der Schweiz.

Im Internet gibt es viele weiteren Informationen, die unter der Adresse

www.bodenseekonferenz.org

abgerufen werden können. Neben der IBK kommen noch andere Gremien öfters im Jahr zusammen: der Bodenseerat mit Persönlichkeiten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (seit 1991), die Parlamentarierkonferenz mit den Abgeordneten aus den Landtagen und Kantonen am Bodensee (seit 1996) und der Internationale Städtebund Bodensee (seit 2008). Die älteste grenzüberschreitende Fachkommission, die mit der IBK öfters verwechselt wird, ist die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee www.igkb.de, die seit dem Jahr 1959 besteht und mit einem großen Investitionsprogramm zum Bau von Kläranlagen rings um den See den Trinkwasserspeicher Bodensee Anfang der 70er Jahre vor dem Umkippen zu einem toten Gewässer bewahrt hat.

Dr. Claudius Graf Schelling würdigte in seinem Vortrag den Dichter Hermann Hesse, dessen Heimat-Begriff nicht von Landesgrenzen eingengt wird. Hesse, der einige Jahre am Bodensee verbracht hat, entdeckte wenig hinderliche Mentalitäts- und Kulturunterschiede der Bewohner zwischen Vorarlberg, der Ostschweiz und den südwestdeutschen See-Anrainern. Von seiner Wohnung in Arbon hat der IBK-Präsident jeden Morgen einen tollen Blick auf den gesamten Obersee bis ans andere Seeufer im Norden oder im Osten. Die letzte Seegfrörne 1963 hat für Graf-Schelling „viele Brücken“ und grenzüberschreitende Verbindungen geschaffen. Der See war für kurze Zeit kein trennendes Hindernis mehr. Man konnte hinüber und herüber laufen, fahren (mit dem Velo) oder reiten.

Zum Ausdruck kommt dieser grenzüberschreitende Heimat-Horizont für Graf-Schelling auch für die

stolze, über hundertjährige Tradition der Bodensee-Internationale. Deren Repräsentanten bringen im 21. Jahrhundert in den Landtagen oder Kantonsparlamenten gemeinsam beratene Anträge und Motionen vor, in denen etwa der Emissionsminderung der Passagierschiffe der Weißen Flotte auf dem Bodensee und die entsprechende Umrüstung der Schiffsmotoren gefordert wird. Wichtiger Impulsgeber für solche gemeinsamen parlamentarischen Initiativen für die Seeregion ist unter Anderen der Häfler SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Zeller, der seit vielen Jahren dem Präsidium der Bodensee-Internationale angehört.



Von links: Peter Gubser, Präsident SP TG, Olga Pircher, Vors. Frauen VOL, Vizepräsidentin SBI, Fredi Alder, Alt-NR, Präsident SBI, Dr. Claudius Graf-Schelling, Präsident des Regierungsrates Kanton Thurgau, Norbert Zeller, MdL, Vizepräsident SBI

Ein weiteres Anliegen der SBI, das die IBK bis 2020 verwirklichen soll, ist die Bodan-Rail, einen Nahverkehr auf der Schiene rings um den See im Halbstundentakt! Sie wäre ein weiteres Signal gegen den Eindruck nicht so gut informierter See-Anwohner, die grenzüberschreitende Euregio-Arbeit führe nur wenig zu handfestem Fortschritt. Die 3. Autofähre von Romanshorn nach Friedrichshafen wird in diesem Sinne durchaus begrüßt. „Machen statt reden“, da würde Claudius Graf-Schelling den Diskutanten recht geben, wenn die Rollstuhlfahrer und ihre Begleitpersonen auf den Passagierschiffen in allen Uferregionen auf dem See kostengünstig mitfahren könnten. Auch wäre es zu begrüßen, wenn es keinen Protektionismus im Gesundheitswesen geben würde. Anwohner am See haben es nämlich noch recht schwer, wenn sie als Patienten lieber in eine gute Fachklinik im Nachbarland (im grenznahen Raum) eingeliefert werden wollen anstatt eine weite Reise zu einer guten Klinik im eigenen Land auf sich zu nehmen.

Anfänge sind gemacht im grenzüberschreitenden Lehrlingsaustausch und in der Zusammenarbeit zwischen den 27 Hochschulen und Universitäten im Bereich der IBK. Das neue Bodensee-Leitbild listet zusätzliche Maßnahmen und Projekte für die nächsten Jahre auf.

„Heikle Themen, konfliktrichtige Dossiers“ klammere die IBK lieber aus, räumte der IBK-Präsident und Sozialdemokrat ein. Olga Pircher, die Vorarlberger SPÖ-Politikerin, bekam demzufolge nur eine ausweichende Antwort zum Flugverkehr mit 3 Regionalflughäfen und dem großen Flughafen Zürich in der Bodenseeregion und zur Flugsicherung durch die umstrittene Firma Skyguide. Ein weiteres Anliegen von Olga Pircher und ihrer Präsidiumskollegen Fredi Alder und Norbert Zeller ist die Ablehnung des Projekts für ein Atomendlager, das die Schweizer Behörden in Benken bei Schaffhausen planen. „Das kann letztendlich nur über bilaterale Staatsverträge auf der jeweiligen Bundesebene geregelt werden“, sagte Graf-Schelling.

Mit einem Bild von einer SBI-Kundgebung mit den sozialdemokratischen Außenministern in der Schweiz und in Österreich sowie dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Willy Brandt, in den 60er Jahren am Bodensee ermunterte er abschließend die Aktiven in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften vor Ort, weiterhin beharrlich für die Überwindung solcher Probleme und Hemmnisse in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einzutreten. Peter Gubser dankte dem Parteifreund und Gastpolitiker für die dargebotenen Informationen und Erläuterungen zur Arbeit der IBK und überreichte ihm unter dem lebhaften Beifall der Versammlung ein nahrhaftes Präsent.

Im Anschluss führte der frühere Gemeindeammann von Romanshorn, Max Brunner, die Gäste der Herbsttagung durch das Verkehrsmuseum im alten Zeughaus am Romanshorner Hafen.

W. Bernhard

SP Schweiz

SP Kanton Thurgau

Stolzes Jubiläum der Frauen in der SP-Sektion Arbon/CH:

SP-Frauen eröffnen „Tafel“-Laden für Bedürftige

Ein hundertjähriges Jubiläum zu feiern, das ist für sozialdemokratische Ortsvereine selbst in eher schwarzen Hochburgen wie der Bodenseeregion nichts Ungewöhnliches mehr. Man/Frau kann sich in Zeiten wie diesen höchstens wundern, dass sie so lange durchgehalten haben. Aber die „Gründerjahre“ waren für sozialdemokratische „Pioniere“ in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg ebenfalls nicht angenehm, wie man weiß.

Umso bemerkenswerter ist es, wenn eine überaus aktive Frauengruppe in einer Ortspartei auf eine 101 jährige Tradition zurückblicken kann. Am Samstag, 19.09.2009 feierten die Sozialdemokratinnen in der SP-Sektion Arbon am Schweizer Ufer des Bodensees ihr stolzes Jubiläum. Da musste eine prominente Politikerin der SP in der Schweiz nicht lange gebeten werden, nach Arbon zu reisen, um die Laudatio für die beharrlich weiter kämpfenden Genossinnen vorzutragen. Trotz des engen Terminkalenders war Micheline Calmy-Rey, die Bundesrätin von der SP, in der Schweizer Regierung als Außenministerin bekannt, die dem deutschen Finanzminister Peer Steinbrück auch mal den Kopf waschen musste, gerne an den Bodensee gekommen. Doch nicht Steinbrück, sondern Franz Müntefering, der deutsche SPD-Parteivorsitzende, übermittelte auf Anregung von Holger Maas vom Langenargener SPD-Ortsverein, eine Gruss-Botschaft an die Arboner SP-Schwesterpartei.

Im Jahr 1909 gründeten etliche Arbeiterinnen in der aufstrebenden Industriestadt Arbon (Textil-Unternehmen, Maschinenbau und Nutzfahrzeuge-Fertigung/LKW) einen eigenen „Arbeiterinnen-Verein“. Ein großer Teil dieser roten Zelle fand sich einige Jahre später, 1913, in der SP-Frauengruppe Arbon wieder: 100 Jahre Frauenpower, mit eigenem Vorstand, eigener Kasse und einem großen Programm an sozial-caritativen Projekten zur Unterstützung der Arbeiterfamilien in Arbon und Ihren Kindern. „Tavola“ heißt das große aktuelle Projekt der SP-Frauen in Arbon, die Bedürftigen den kostenlosen Bezug von Nahrungsmitteln ermöglicht. Am Samstag, 31. Oktober, eröffnen die engagierten SP-Frauen eine eigene Lebensmittel-Abgabestelle für Menschen, die am Rande des Existenzminimums leben. In dem Parteilokal der P Arbon können künftig an jedem Freitag bedürftige Menschen für den Symbolpreis von 1 Franken Lebensmittel beziehen. Seit Jahrzehnten veranstalten die SP-Frauen einen traditionellen Flohmarkt im alten E-Werk hinter dem Stadthaus in Arbon, dessen Erlös wohltätigen Einrichtungen im Stadtgebiet in und um Arbon zu Gute kommt.

Der prominente Jubiläumsgast, Bundesrätin Calmy-Rey (SP), bescheinigte den jubelnden Genossinnen „eine beharrliche Kreativität und einen langen Atem“. Seien früher die schweren Fahrzeuge aus Arbon damals von Männerhänden gelenkt worden, so stünden heute die Frauen nicht mehr nur an den Kochherden. „Wir Frauen brauchen mehr politische Macht“, bekräftigte die Bundesrätin vor den über 200 erschienenen Jubiläumsgästen, „um mehr Lohn- und Chancengleichheit am Arbeitsplatz zu erreichen“. Die Politikerin würdigte die Buch-Autorin Eva Büchi, die in ihrer Veröffentlichung mit dem Titel „Vorkämpferinnen“ die Geschichte der SP-Frauen in Arbon auf-

gearbeitet hat, ebenso das heute aktive Frauenteam um Erica Willi, Inge Abegglen, Käthi Keller, Sabine Schifferdecker, Patrizia Zwick, Heidi Wüthrich, Margrit Giger, Claire Dolder und weitere aktive Mitarbeiterinnen.



Links, seitlich, mit blondem Haar: Elisabeth Wildhaber, Vorstand SP Frauen Arbon. Mitte Erica Willi, Parlamentsmitglied und ehemalige Präsidentin SP Frauen, rechts: Micheline Calmy-Rey

Claudius Graf Schelling, der ebenfalls der Arboner SP-Sektion angehört und Regierungspräsident der Thurgauer Kantonsregierung ist, beleuchtete in seinem Grusswort die damaligen geschichtlichen und gesellschaftspolitischen Umstände in der Ostschweiz im aufkommenden Industriezeitalter. Die volle Unterstützung der SP-Männer sicherte Peter Gubser zu, der Präsident der SP im Kanton Thurgau. Stadtmann Martin Klöti sprach vom Stolz der Stadt Arbon auf die Verdienste der SP-Frauen und der Werte, die sie in ihrem sozialen Engagement vertreten. Zum Gelingen der Feierstunde trugen zwei Ensembles von Künstlerinnen bei, das Frauentrio Intonations und das Basler Quartett Les Raines Prochaines, bei. Zum Festprogramm gehörten ebenso ein morgendlicher Brunch, eine Modenschau von 8 jungen Damen, ein bunter Frauen-Markt und ein reichhaltiges Angebot von Wellness-Ecken. Die Festschrift zum 101jährigen Bestehen der SP-Frauen in Arbon kann über die Homepage der SP Arbon www.sparbon.ch angefordert werden.

W. Bernhard



SP Kanton St.Gallen

SP Fraktion Kantonsrat St.Gallen

Abwertung der Rheintal-Linie und der Ostschweiz

**Einfache Anfrage von Kantonsrat Ludwig
Altenburger, Buchs**

Seit vielen Jahren fordern verschiedenste Kreise Verbesserungen im Angebot des „Rheintal-Express“, der St.Gallen mit Chur verbindet: Verkürzung der Reisezeit, Verbesserung der Schieneninfrastruktur mit dem Doppelspur-Ausbau Buchs-Sargans, zeitgemässes Rollmaterial sowie verbesserte Anschlüsse in Sargans und Chur. Unterdessen ist der Doppelspur-Ausbau (HGV Ausbau St.Fiden) in Angriff genommen worden und endlich soll auch im Rheintal modernes Rollmaterial eingesetzt werden. Wichtige Verbesserungen sind also in Sicht.

Anscheinend haben wir uns zu früh gefreut. Vor wenigen Wochen sickerte nämlich durch, dass der RegioExpress „Rheintal-Express“ von St.Gallen nach Chur neu ohne Zugbegleiter (also nur mit Selbstkontrolle) verkehren soll. Schweizweit sollen nach den Plänen der SBB drei InterRegio und zwei RegioExpress - Verbindungen in kondukteurlosem Betrieb verkehren. Eine davon, der „Rheintal-Express“, soll gemäss diesen Plänen zudem aus dem Fernverkehrsangebot neu dem Regionalen Personenverkehr abgegeben werden.

Leider wurden in den letzten Jahren immer wieder Übergriffe sowohl auf Kundinnen und Kunden wie auch auf Personal publik. Die SBB reagierte auf die Sicherheitsprobleme in den Zügen und führte auf vielen Strecken wieder die Zugbegleitung / Doppelbesetzung ein. Die meisten Bahnhöfe sind unbesetzt oder höchstens zeitlich beschränkt mit Personal vor Ort präsent. Das soll Sicherheit im öffentlichen Verkehr sein?

Die SBB ziehen sich aus der Ostschweiz, insbesondere aus dem Kanton St.Gallen, zurück. Dieser Rückzug wurde bereits verschiedentlich thematisiert: Abbaupläne SBB Cargo (51.05.48), Verlagerung Betriebsführung SBB (61.06.22), Schliessung Unterhaltsanlagen Rorschach (61.07.07). Er hat zur Folge, dass heute ein ganzer Landesteil abgekoppelt ist und bald vollständig von Zürich aus organisiert wird. Bedauerlicherweise haben die Ostschweizer Kantone und damit auch die St.Galler Regierung den Abbau bisher praktisch widerspruchlos hingenommen. Andere Kantone wie Tessin oder Freiburg geben ihr ganzes Gewicht ein und sichern so wichtige Dienstleistungen für die Region und Arbeitsplätze in der Region.

Die Rückstufung des RegioExpress „Rheintal Express“ hätte voraussichtlich auch finanzielle Konsequenzen, da die Finanzierung des regionalen Personenverkehrs und der Fernverkehrszüge nach unterschiedlichen Vorgaben erfolgt.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat die Regierung Kenntnis von den Plänen der SBB, den Rheintal-Express zwischen St.Gallen und Chur zurück zu stufen?
2. Akzeptiert die Regierung diese Rückstufung? Wenn ja: Aus welchen Überlegungen? Wenn nein: Wie wird sie sich dagegen zur Wehr setzen?
3. Welche finanziellen Auswirkungen hätte eine Verschiebung vom Fernverkehr in den Regionalen Personenverkehr?
4. Welche Konsequenzen hätte der kondukteurlose Betrieb (Selbstkontrolle) auf die Sicherheit der Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Verkehrs im Rheintal? Welche Massnahmen im Bereich Sicherheit müssten ergriffen werden, damit die aktuellen Sicherheitsstandards gehalten werden können, mit welchen Kosten und mit welchen Kostenträgern?
5. Ab welchem Zeitpunkt war bisher vorgesehen, dass die Züge zwischen St.Gallen und Chur mit zeitgemässem Rollmaterial verkehren sollen? Welche Auswirkungen auf die versprochenen Verbesserungen hätte die Rückstufung in den Regionalen Personenverkehr.
6. Wie engagiert sich die St.Galler Regierung für den Verbleib (oder besser noch die Rückkehr) der SBB in der Ostschweiz? Wie verknüpft sie sich dazu mit den anderen Ostschweizer Kantonen?

12. Oktober 2009,
Kantonsrat Ludwig Altenburger, Buchs

Mehr Chancengleichheit dank Oberstufenreform

Der Erziehungsrat des Kantons St.Gallen hat die Diskussion über die Weiterentwicklung der Oberstufe lanciert. In Sekundar- und Realschule soll künftig die gleiche Lektionentafel gelten, was die Einführung von Niveaustufen erlaubt. Für die SP St.Gallen bedeutet diese Reform einen Schritt in die richtige Richtung.

Die SP St.Gallen begrüsst es, dass die Strukturen der Oberstufe aus den 70er Jahren endlich diskutiert werden. Insbesondere Kinder aus bildungsfernen Schichten werden heute zu häufig einfach der Realschule zugewiesen. So gibt es viele RealschülerInnen, die mindestens teilweise durchaus den Anforderungen der Sekundarschule genügen können. Niveaustufen ermöglichen ebendiese Flexibilität und bedeuten eine klare Verbesserung der Chancengleichheit von teilweise leistungsschwächeren SchülerInnen. Es ist erfreulich, dass bei der geplanten Oberstu-

fenreform pädagogische und nicht nur demografische Überlegungen im Vordergrund stehen sollen. Niveaunklassenunterricht in Mathematik, Deutsch und Fremdsprachen sind sinnvoll, aber nur innerhalb einer integrierten Oberstufe, wo bei der Bildung der Stammklassen die schulischen Leistungen (wie in der Primarschule) keine Rolle spielen. Die gegenwärtige Qualität der Oberstufe soll damit nicht nur beibehalten, sondern gesteigert werden.

Für die SP ist besonders wichtig, dass die Einführung von Niveaunklassen mit einer Reform der Zeugnisse einhergeht. Die Dokumentation der Schulleistungen soll in Zukunft Aufschluss geben über sämtliche Kompetenzbereiche der Jugendlichen, welche für Lehrbetriebe, wie auch weiterführende Schulen von Bedeutung sind.

St.Gallen, 10. November 2009

Weitere Auskünfte

- o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Gemeinden sollen Basisstufe fakultativ einführen können

Die SP St.Gallen bedauert, dass sich der Erziehungsrat noch vor Vorliegen des Schlussberichts gegen die Einführung einer obligatorischen Basisstufe im Kanton St.Gallen ausgesprochen hat. Die Mehrkosten allein dürfen beim Entscheid nicht das ausschlaggebende Argument sein.

Der Erziehungsrat lehnt eine obligatorische Einführung der Basisstufe im Kanton St.Gallen vorläufig ab, dies in erster Linie aus finanziellen Gründen. Da die ersten Ergebnisse des Schulversuchs aus pädagogischer Sicht ein vorwiegend positives Bild zeigen, ist dieser frühzeitige grundlegende Entscheid für die SP unverständlich.

"Die heutigen starren Eingrenzungen in „Kindergarten“, „Einführungsklasse“ und „1. Klasse“ erschweren die Berücksichtigung der natürlichen Entwicklung der Kinder in diesem Alter. In der Basisstufe können sie besser individuell gefordert und gefördert werden" meint SP-Kantonsrätin Elsbeth Schrepfer.

Positiv ist, dass der Erziehungsrat die Tür zur Basisstufe noch nicht ganz zugeschlagen hat. Die SP St. Gallen begrüsst es, dass die fakultative Einschulung als Alternative weiter geprüft werden soll. Um das Modell der Basisstufe weiter auszureifen, ist der Bericht der Konferenz der Ostschweizer Erziehungsdirektoren abzuwarten und in die Überlegungen für das weitere Vorgehen mit einzubeziehen.

Wenn der Kanton nun aus Kostengründen auf die obligatorische Einführung der Basisstufe verzichten will, wie dies Regierungsrat Stefan Kölliker ausführte, so soll es aus Sicht der SP St.Gallen den Schulgemeinden unbedingt frei stehen, fakultativ zum Modell Basisstufe wechseln zu können. Dabei darf die Finanzierung nicht den Gemeinden überlassen werden. Ansonsten ist das Projekt zum Vornherein zum Scheitern verurteilt. Wohl stehen die nötigen Schulräume in manchen innovativen Gemeinden bereits heute zur Verfügung. Doch ist das nicht überall der Fall, weshalb die Kosten für die Einführung der Basisstufe je nach Gemeinde sehr stark variieren. Zu beachten ist insbesondere auch, dass heute die Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule auf die Basisstufe ausgerichtet ist. Der Kanton kann sich in den Gemeinden also schlecht aus der finanziellen Verantwortung schleichen.

St.Gallen, 10. November 2009

Weitere Auskünfte

- o Elsbeth Schrepfer, SP-Kantonsrätin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär



SPÖ startet in die neue Legislaturperiode

Erste Initiativen und Ausblick

Michael Ritsch, der seit 2004 Landtagsabgeordneter ist und seit 2007 zusätzlich die Funktion des SPÖ-Clubobmannes innehat, ist für die kommenden fünf Jahre im Wesentlichen verantwortlich für die Ressorts Finanzen, Arbeit, Wirtschaft, Kontrolle, Sicherheit, Inneres (Föderalismus etc.), Wohnen und Kommunalpolitik.

Mirjam Jäger ist seit 2000 Gemeindevertreterin in Götzis und seit 2005 zudem Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Angelobung in den Landtag erfolgte 2006 in Folge des Wechsels von Elmar Mayer in den Nationalrat. Jäger ist unter anderem Bereichssprecherin für Jugend, Frauen, Energie und Umwelt. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger ist für die SPÖ neu als Abgeordnete im Vorarlberger Landtag tätig. Sie leitet in Dornbirn eine ärztliche Ordination und ist deshalb besonders prädestiniert für die Bereiche Soziales und Pflege, Gesundheit sowie Familie und Senioren. Vor allem aber das Thema Integration wird ein Schwerpunkt in ihrer Tätigkeit als Landtagsabgeordnete sein.

Die politische Arbeit:

Die SPÖ wird besonders aktiv und mit viel Engagement in die neue Legislaturperiode starten. Aus diesem Grund werden folgende Anträge an den Landtag bzw. Anfragen an die Mitglieder der neuen Regierung gerichtet:

Anträge:

Das Land Vorarlberg und die Gemeinden als Lehrlingsausbildner

Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, im eigenen Verantwortungsbereich (Amt der Vorarlberger Landesregierung) und in den Betrieben, welche sich im überwiegenden Eigentum des Landes befinden, möglichst viele zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Darüber hinaus sollen die Gemeinden angehalten werden, in ihrem Wirkungsbereich zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Eine erstrebenswerte Richtlinie wäre dabei die Einrichtung von insgesamt etwa 100 neuen Lehrstellen durch das Land Vorarlberg, die landeseigenen Betriebe und die Gemeinden.

Jugendwohnungen

Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht, in Verhandlungen mit den in Vorarlberg ansässigen gemeinnützigen Bauvereinigungen mit dem Ziel zu treten, die Zahl sogenannter Jugendwohnungen zu erhöhen und dabei eine regional ausgewogene Verteilung zu erreichen. Dabei sollen die nächsten vier Jahre jährlich in etwa 25 neue Jugendwohnungen, deren Mietpreis durch Annuitätenzuschüsse gedämpft wird, errichtet werden.

Kostenlose Kinderbetreuung bis 6 Jahre

Dieser Antrag soll Anlass dafür sein, dass durch die Vorarlberger Landesregierung jegliche Form der außerfamiliären Betreuung von Kindern bis 6 Jahre für die Vorarlberger Familien künftig kostenfrei gestellt wird.

Kostenlose Nachhilfe an den Schulen

Im vierten Antrag wird die Vorarlberger Landesregierung aufgefordert sicherzustellen, dass die Nachhilfe zur Förderung von SchülerInnen, welche aufgrund von Lernschwierigkeiten o. ä. in ihrer schulischen Entwicklung und/oder dem Aufsteigen in die nächste Klasse gefährdet sind, kostenlos an den Schulen stattfinden soll.

Anfragen:

Lehrstellensuchende in Vorarlberg/Status der Ausbildungsgarantie

Die SPÖ möchte mit dieser Anfrage im Wesentlichen den aktuellen Status betreffend der Ausbildungsgarantie des Landes, der Jugendarbeitslosenzahlen, der Einbindung der öffentlichen Hand als Lehrlingsausbildner sowie die geplanten Maßnahmen des Landes gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Erfahrung bringen. Entwicklung der Schulden der Vorarlberger Gemeinden. Die Anfrage betreffend der Schuldenentwicklung der Vorarlberger Gemeinden soll deren finanzielle Situation durchleuchten und u. a. auch Klarheit darüber bringen, ob eine Hilfestellung an die Gemeinden angedacht wird. Außerdem möchte die SPÖ klären, in welchen Bereichen des Landesbudgets

aufgrund der geplanten Sparmaßnahmen hauptsächlich mit Kürzungen zu rechnen ist.

Fachärztemangel an Vorarlbergs Krankenanstalten

Die dritte offene Anfrage behandelt die Fachärztesituation im Land. Hier gilt es u. a. abzuklären, wie lange die durchschnittliche Wartezeiten und die Bettenauslastungen in den Fächern der Vorarlberger Krankenanstalten sind. Von weiterer Bedeutung sind außerdem die geleisteten monatlichen Arbeitsstunden und die Gehaltsschemata der Spitalsärzte.

Ausblick:

Beginnend mit den oben genannten Themen richtet die Sozialdemokratische Landtagsfraktion inhaltlich ihren Blick nach vorne:

Ein wichtiger Punkt ist dabei die Erstellung eines Positionspapiers zum Thema Integration durch LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger unter möglichst breiter Einbindung der Ortsorganisationen der SPÖ-Vorarlberg sowie von Experten. Im Laufe des Jäners werden das Wahlprogramm der SPÖ-Vorarlberg durchleuchtet und die wichtigsten Punkte, die es mittelfristig umzusetzen gilt, herausgearbeitet. Voraussichtlich wird die SPÖ-Vorarlberg in den kommenden Monaten unter Beiziehung externer Experten eine strategische Neuausrichtung beraten.

SPÖ-Express, 23.10.2009

Das alljährliche Budgetritual

SPÖ-Clubobmann Ritsch: „Gemeinden werden wieder durch die Finger schauen“

Mit einem Schmunzeln muss SPÖ-Clubobmann und Finanzsprecher LAbg. Michael Ritsch das alljährliche Budgetritual der ÖVP kommentieren. „Alle Jahre wieder kommt die Phrase mit der strikten Ausgaben- disziplin. Damit soll all jenen, die Begehrlichkeiten ans Budget anmelden, vorab schon gesagt werden, dass nichts mehr geht. Dabei werden vorrangig die Kommunen ein weiteres Mal durch die Finger schauen“, so Ritsch in einer ersten Reaktion.

Dass sich der an sich machtlose ÖVP-Landtagsklub zum Abwinken des von Landeshauptmann Sausgruber vorgegebenen Budgets auch noch in Klausur begeben müsse, sei dabei besonders „wichtig“. Denn als Vorhut eigne sich diese Veranstaltung immer gut. Schlussendlich werde nämlich der Landeshauptmann oder sein in diesen Fragen als Stellvertreter agierender Landesrat Stemer dem ÖVP-Klub dafür danken, dass man sich an die Budgetdisziplin halte.

Verlierer dieses Budgets werden ein weiteres Mal die Vorarlberger Gemeinden sein, die nach wie vor nicht unbeträchtliche Summen an das Land Vorarlberg überweisen müssten. Und dies, obwohl die Ertragsanteile an die Gemeinden weiter sinken werden. Es

stelle sich auch die Frage, so Ritsch weiter, wie in den Bereichen Soziales und Gesundheit die Verteilung der Mittel erfolge. „Strikte Ausgabendisziplin heißt bei der ÖVP immer Einschnitte. Ich bin schon gespannt, wo die größten Einschnitte stattfinden werden“, schließt Ritsch.

SPÖ-Express, 23.10.2009

Allmachtswahn der ÖVP wird spürbar

SPÖ-Clubobmann Ritsch: „Sitzung des erweiterten Landtagspräsidiums war eine Demonstration der Machtansprüche der ÖVP“

„Wie sich die ÖVP heute in der Sitzung des erweiterten Landtagspräsidiums aufgeführt hat, ist nur schwer erträglich. Der Landeshauptmann ließ einerseits dem Landtag ausrichten, wie er sich seine Redezeit vorstellt. Andererseits wiederum werden Behandlungsgegenstände Ausschüssen zugewiesen, die inhaltlich noch nie dafür geeignet waren“, übt SPÖ-Clubobmann LAbg. Michael Ritsch Kritik an der Vorgehensweise der ÖVP.

Dass alle Anträge der SPÖ dem Finanzausschuss zugewiesen werden sollen, sei besonders kritisierenswert. Dass inhaltliche Materien, wie Wohnen, Soziales, Arbeit und Bildung dem Finanzausschuss zugewiesen werden sollen, gab es noch nie. „Der Hintergrund ist klar – die ÖVP hat den Vorsitz im Finanzausschuss und will, dass dieser Ausschuss erst vor dem Landtag im Dezember tagt, damit diese wichtigen Themen im Zuge der Debatte des Budgets untergehen“, so Ritsch.

SPÖ-Express, 06.11.2009

Finanzielle Abgeltung statt Uni-Zugangsbeschränkung

**Verhandlungen mit Deutschland
zielführender**

Die SPÖ Vorarlberg begrüßt zwar die Entscheidung der Bundesregierung, die Mittel für den Hochschulsektor bis 2020 auf zwei Prozent des BIP aufzustoßen. Dem Vorhaben Zugangsbeschränkungen an den Universitäten einzuführen, kann LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger jedoch nichts abgewinnen. „In Anbetracht der äußerst niedrigen Akademikerquote in Österreich wäre dieses Ansinnen kontraproduktiv“, erklärt die SPÖ-Bildungssprecherin.

„Im Hinblick auf die hohe Anzahl ausländischer Studenten, sollte die österreichische Bundesregierung mit Deutschland ins Gespräch kommen und in einem bilateralen Abkommen finanzielle Abgeltungen erwirken“, schlägt Dr. Sprickler-Falschlunger stattdessen vor.

Der Zugang zu Bildung dürfe niemandem verwehrt werden. „Und schließlich dürfen wir bei der ganzen Diskussion nicht vergessen, dass es auch zahlreiche Vorarlbergerinnen und Vorarlberger gibt, die zumindest einen Teil ihres Studiums im Ausland absolvieren“, gibt Dr. Sprickler-Falschlunger zu bedenken.

SPÖ-Express, 06.11.2009

Vorarlberg hinkt bei Fraueneinkommen hinterher

SPÖ: Müssen mehr Regelungen zugunsten der Frauen durchsetzen

Frauen sind gemäß der neuesten OECD-Studie nach wie vor schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen: im Durchschnitt verdienen gut ausgebildete Frauen 28% weniger, Frauen mit niedrigerem Bildungsniveau sogar 36% weniger. Gemäß der OECD-Studie liegt Österreich – hinter Estland – auf dem zweit-schlechtesten Platz.

Auch wenn die Frauen einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen und gleiche Qualifikationen mitbringen, ist das Einkommen der Frauen bei gleicher Tätigkeit niedriger – einfach deshalb, weil sie Frauen sind. Im österreichischen Schnitt arbeiteten Frauen deshalb 96 Tage im Jahr gratis, während Männer weiterhin für ihre Arbeit bezahlt werden. In Vorarlberg ist diese Zahl noch höher: Am 1. September endet hier – statistisch gesehen – die gleiche Bezahlung. Danach arbeiten Vorarlberger Frauen bis zum Jahresende gratis – und zwar 122 Tage lang.

Die Behauptung, dass der Unterschied vor allem durch Karenzzeiten entstehen würde, wurde ebenfalls durch die Studie widerlegt. Denn Frauen starten bereits mit 15,8% Einkommensunterschied zu ihren männlichen Kollegen in den Beruf. Und dies, obwohl die Politik in Form des Gleichbehandlungsgesetzes dagegen zu steuern versucht hat. Aktuell vorliegende Zahlen sprechen kaum eine andere Sprache als etwa vor drei Jahren. Die Hoffnung, dass eine verbesserte Ausbildung den Frauen auch höhere Einkommen sichern würde, hat sich nicht bewahrheitet.

Für SPÖ-LAbg. Mirjam Jäger ist dies nicht länger hinnehmbar. „Um dieser Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, wäre die Festlegung einer Frauenquote in Aufsichtsräten und für Führungspositionen sehr wichtig. Mit mehr Transparenz – wie z.B. in Skandinavien – könnte zudem gerade beim Berufseinstieg und den Einkommensunterschieden bei gleicher Qualifikation mehr bewegt werden. Zudem wollen sich viele junge Frauen nicht zwischen Familie und Beruf entscheiden. Doch wenn genau diese gut ausgebildeten, motivierten Frauen nach der Karenz in ihren Beruf zurückkehren, müssen sie oft mit weniger verantwortungsvollen Posten, auch verbunden mit

finanzielle Einbußen, Vorlieb nehmen“, schildert die SPÖ-Frauensprecherin die Realität. „Hier ist die Landesrätin gefordert, die Pläne der Frauenministerin im Nationalen Plan zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt gerade in Vorarlberg schnellstens umzusetzen“.

Für SPÖ-Familien- und Bildungssprecherin Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger ist es außerdem unerlässlich durch eine verbesserte Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. „Dazu zählt nicht auch zuletzt die geforderte Ganztagschule, wodurch auch die Frauen großteils von der Betreuung bei den Hausübungen und dem Lernen am Nachmittag entbunden würden und dadurch auch für ihren Beruf eine Erleichterung erfahren könnten“, ergänzt Sprickler-Falschlunger.

SPÖ-Express, 13.11.2009

Termine:

29.11.2009

Regierungsrats-Ersatzwahl im Kanton Schaffhausen - vakant wird der Sitz von Heinz Albicker (FDP), SP-Kandidat ist Werner Bächtold.

SBI

**SPD Kreis Biberach
MdB
Martin Gerster**

MdB Gerster:

Verteidigungsminister Jung soll Laupheimer Luftsportvereinen helfen

BERLIN, Mittwoch, 23.10.2009 (age) – Der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster (SPD) hat an Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) appelliert, gemeinsam nach einer Lösung für die beiden Laupheimer Luftsportvereine zu suchen, die gegenwärtig um Ihre Existenz bangen müssen. In einem Brief an den Minister bittet Gerster, „alle Möglichkeiten zu prüfen, wie den Vereinen eine Weiterführung ihres sportlichen Engagements ermöglicht werden kann“ und schlägt vor, im gemeinsamen Gespräch mit allen Beteiligten auf eine einvernehmliche Lösung hinzuwirken.

Sowohl der Luftsportverein Diehl-Aircabin als auch der Bundeswehr-Luftsportring sehen sich mit gewaltigen finanziellen Aufwendungen konfrontiert, die ihnen aus sicherheitsbedingten Umbaumaßnahmen

am Laupheimer Heeresfliegerstandort drohen. Konkret ist die Rede von 130.000 Euro für ein Sicherheitstor und monatlichen Folgekosten von mehr als 500 Euro, die den Vereinen in Rechnung gestellt werden sollen. Ohne diese Investition wären die Luftsportler vom Zugriff auf die Start und Landebahnen des Militärflughafens abgeschnitten, was für sie faktisch das Aus bedeuten würde.

Da eine Kreditfinanzierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgeschlossen erscheint, wird mit dem Torhersteller EADS über eine Leasingvariante diskutiert, die es den Vereinen ermöglichen soll, die Investition in Raten zu begleichen. Wie Gerster in seinem Brief an das Verteidigungsministerium betont, hält auch er diesen Weg grundsätzlich für zielführend. Gleichzeitig unterstreicht er jedoch: „Eine solche Lösung dürfte für die Vereine noch teurer werden und wird nicht leicht zu schultern sein.“ Umso wichtiger sei es deshalb, dass das Verteidigungsministerium als Vermittler aktiv werde und schnellstmöglich auf eine tragfähige Lösung im Sinne der Laupheimer Luftsportler hinwirke.

Alexander Geisler M.A.(wissenschaftlicher Mitarbeiter)

MdB Gerster lädt Bürger ein

BIBERACH – Der Biberacher SPD- Bundestagsabgeordnete Martin Gerster veranstaltet am Freitag, 20. November, eine Bürgersprechstunde.

Ohne Voranmeldung können Bürgerinnen und Bürger in Gersters Wahlkreisbüro zwischen 10 und 12 Uhr mit dem Abgeordneten ihre Anliegen besprechen.

Das Büro liegt gegenüber dem Biberacher Bahnhof in der Poststraße 7, Telefon 07351/3003000, Telefax 07351/3003001,

E-Mail martin.gerster@wk.bundestag.de

Internet www.martin-gerster.de

Biberach, den 13. November 2009

Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

MdB Gerster und MdL Drexler beim Politischen Martini in Laupheim

Stuttgart 21 und schwarz-gelber Koalitionsvertrag sind Themen

LAUPHEIM – Der Landtagsvizepräsident und Esslinger SPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Drexler kommt zum Politischen Martini von SPD-Kreis- und Ortsverband nach Laupheim. Am Donnerstag, 19. November, wird er im Rahmen einer SPD-Kreismit-

gliederversammlung zum Projekt Stuttgart 21 und zu den Auswirkungen des Koalitionsvertrags der schwarz-gelben Bundesregierung für Baden-Württemberg und dessen Kommunen Stellung nehmen. Drexler ist seit Juli auch Sprecher des Bauverhabens Stuttgart 21.



Vor Drexlers Stellungnahme hält der Biberacher SPD - Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Martin Gerster die Martinsrede. In dieser wird er ein Resümee der Bundestagswahl ziehen und sich ebenfalls mit dem Koalitionsvertrag beschäftigen. Für SPD-Mitglieder besteht zudem die Gelegenheit, sich an der Mitgliederbefragung zum künftigen SPD-Landesvorsitz zu beteiligen und für MdL Claus Schmiedel, MdL Dr. Nils Schmid oder MdB Hilde Mattheis die Stimme abzugeben. Beginn der Veranstaltung im Gartenheim Laupheim in der Langestraße 93 ist am 19. November um 18 Uhr.

Büro Martin Gerster MdB

BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

Dagmar Nölte führt den SPD-Kreisverband Lindau

Die Kreis-SPD Lindau hat eine neue Vorsitzende. Nach siebeneinhalb Jahren im Amt hat sich Claudia Sigolotto "aus beruflichen und zeitlichen Gründen in die zweite Reihe" zurückgezogen. Zu ihrer Nachfolgerin wählte die Kreisdelegiertenkonferenz die bisherige zweite Stellvertreterin Dagmar Nölte.

Sigolotto hatte wegen einer Erkrankung ihre Teilnahme an der Konferenz im Lindenerger "Alten Bräuhaus" abgesagt. Ihr Stellvertreter Gerd Ilg verlas ihren schriftlichen Jahresbericht. In diesem bedankte sich Sigolotto für den Einsatz der Mitglieder in den vergangenen Wahlkämpfen. In der 146-jährigen Geschichte der SPD habe es immer wieder Rückschläge gegeben, stellte sie angesichts der rückläufigen Wählergunst fest. Die Sozialdemokraten hätten

sich aber immer wieder aufgerappelt. Es müsse eine kritische Bilanz der elf Jahre sozialdemokratischer Regierungsarbeit geben, so Sigolotto weiter. Es brauche eine Debatte um das Richtige und um das Korrekturbedürftige. Die Partei müsse ihre Glaubwürdigkeit wiedergewinnen.



Quelle: SPD Kreisverband Lindau

Lindenbergs SPD-Ortsvereinsvorsitzender Leo Wiedemann ging auf die Verluste bei der Kreistagswahl ein, die Niederlage des SPD-Landratskandidaten und nannte die Wahlergebnisse auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene "eine katastrophale Abstrafung durch die Wähler". Wiedemann ärgerte die fehlende Präsenz der SPD-Prominenz im Wahlkampf. Künftig müsse man denen wohl "eine Landkarte schicken, dass der Landkreis Lindau nicht in Vorarlberg liegt". Das "Austrocknen der Stimmkreise" angesichts fehlender Abgeordneter fürchtete Hermann Dorf Müller.

Freiwillige Leistungen abgebaut

Helmut Böller, Fraktionsvorsitzender im Kreistag, informierte über die Arbeit im Kreistag, monierte allerdings die kurz bemessene Redezeit. "Die Arbeit innerhalb der Fraktion ist gut", stellte er fest und die Zusammenarbeit innerhalb des Gremiums sehr sachlich - "eine gute Basis". In seinem Focus standen vor allem die Ausgaben, insbesondere freiwillige Leistungen. "Es war das Hauptwerk von Eduard, viele freiwillige Leistungen abzubauen", so Böller mit Blick auf den ebenfalls anwesenden ehemaligen Landrat Eduard Leifert. Er habe eine gewisse Besorgnis, dass man hier wieder zurückfalle.

Kassierer Hans Rädler musste in seinem Kassenbericht 2008 ein Defizit von gut 4800 Euro vermelden. Hauptgrund waren die Ausgaben für Kreistags- und Landratswahlkampf, die mit gut 36 200 Euro zu Buche schlugen. "Wir sind guter Dinge, dass wir Ende 2009 wieder eine schwarze Null schreiben", so der Kassier.

(Pressemitteilung SPD Kreisverband Lindau)

Hilde Mattheis erklärt sich solidarisch mit den streikenden StudentInnen in Heidelberg

„Bildungspolitik ist Gerechtigkeitspolitik“, kommentiert die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis den Streik der Heidelberger Studentinnen und Studenten.

Die Streikenden machen derzeit mit der Besetzung der Heidelberger Universität auf die Missstände in der Bildungspolitik aufmerksam. Insbesondere kritisieren Sie die vorschnelle und undurchdachte Umsetzung der Bachelor- und Masterstudiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses. Insbesondere protestieren sie gegen die sozial-ungerechten Studiengebühren.

„Studiengebühren benachteiligen in erster Linie Studentinnen und Studenten aus wirtschaftlich schlechter gestellten Familien und stellen für sie eine hohe Hürde beim Zugang zu den Hochschulen dar. Die Forderung nach Abschaffung der Studiengebühren, ist auch eines der wichtigsten Anliegen der SPD.“, so Mattheis weiter.

Um den Streikenden auch persönlich die Solidarität übermitteln zu können, wird es am kommenden Sonntag (08.11.) um 15 Uhr zu einem Treffen zwischen der Bundestagsabgeordneten und den Streikenden an der Universität Heidelberg kommen. Dabei wird Mattheis jedoch keine Rede halten, sondern mit den Studierenden vor Ort diskutieren.

06.11.2009

Büro Hilde Mattheis, MdB

Bildung ist ein öffentliches Gut - Hilde Mattheis unterstützt streikende Studierende in Heidelberg

„Bildung ist ein öffentliches Gut, kein Geschäft und keine Ware. Bildung darf nicht zum Verkauf stehen, vom Geldbeutel der Eltern oder der Konjunkturlage abhängig sein. Deshalb unterstütze ich die streikenden Heidelberger Studentinnen und Studenten in ihrem Protest gegen Studiengebühren und für die verfassten Studierendenvertretung mit allgemeinpolemischen Mandat.“, erklärt die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis.

„Die Forderungen der Studierenden nach Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen, eine bessere Finanzierung der Universitäten, eine Reform des Bachelorsystems sowie die Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen sind berechtigt.

Die Bildungsausgaben des Landes waren bisher schon unzureichend. Die Finanzsituation im Hochschulbereich wird sich angesichts der drohenden Rekordverschuldung mit einer Regierung Mappus absehbar weiter verschlechtern - und dies verstärkt durch die Kapazitätsprobleme, die sich durch den doppelten Abiturjahrgang 2012 ergeben werden.

Ein Umsteuern ist nur mit einer sozial gerechteren Besteuerung möglich, indem z.B. durch die Ausgestaltung der Erbschaftsteuer zu Gunsten reicher Erben zurückgenommen wird und damit zusätzliche Finanzmittel für den Bildungsbereich zur Verfügung stehen.

Ich unterstütze insbesondere die Forderung nach der Wiedereinführung der verfassten Studierendenvertretung mit allgemeinpolemischen Mandat. Das Verbot durch den damaligen Ministerpräsident Hans Filbinger war ein antidemokratischer Hoheitsakt. Dass die Wiedereinführung immer noch auf sich warten lässt, ist ein historischer Anachronismus und Zeugnis für die demokratische Unreife der Filbinger-Nachfolger-Regierungen.

Das von der schwarzgelben Bundesregierung angekündigte Stipendienprogramm (zehn Prozent der Studenten sollen monatlich 300 Euro erhalten) lehne ich ab, denn es geht zulasten des notwendigen Ausbaus des BAföG. Ein solches Stipendienprogramm verstärkt die sozial selektive Grundtendenz im Bildungsbereich und damit soziale Ungleichheiten.“

09.11.2009

Büro Hilde Mattheis, MdB

Beschäftigungsbrücke durch Altersteilzeit muss erhalten bleiben!

„Die Bundesregierung ist aufgefordert, unsere erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik fortzusetzen“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis. „Wir brauchen auch weiterhin flexible Instrumente, damit die Wirtschaftskrise nicht mit voller Wucht auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Die geförderte Altersteilzeit hat sich als Beschäftigungsbrücke für Jung und Alt bewährt und muss über das Jahresende hinaus verlängert werden. Schwarzgelb muss im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land handeln.“

Die SPD-Bundestagsfraktion hat gestern (10.11.09) einen Gesetzentwurf zur Änderung des Altersteilzeitgesetzes vorgelegt, der das Auslaufen der geförderten Altersteilzeit nach dem 31.12.2009 verhindert.

„In der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich der deutsche Arbeitsmarkt als vergleichsweise robust erwiesen“, erklärt Mattheis weiter. Mit Hilfe der massiven Verbesserungen bei der Kurzarbeit konnten laut OECD 400.000 Arbeitsplätze gerettet werden. Zwei Gruppen sind aber trotz der erfolgreichen Anstrengungen zur Beschäftigungssicherung

besonders betroffen: Ältere Menschen über 50 und jüngere Menschen unter 25 Jahren. „Beide brauchen weiterhin die gezielte Unterstützung durch das Altersteilzeitgesetz“, fordert Mattheis. „Wir müssen den Personalabbau Älterer verhindern und gleichzeitig den Berufseinstieg Jüngerer erleichtern.“

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit um fünf Jahre verlängert wird. Die Verlängerung von fünf Jahren stellt sicher, dass für alle derzeit über 50-Jährigen eine mit Mitteln der Arbeitsförderung geförderte Altersteilzeit in Betracht kommt. Ältere Arbeitnehmer können auf dieser Rechtsgrundlage mit Erreichung des 55. Lebensjahres ihre Arbeitszeit mindern und damit die Einstellung eines sonst arbeitslosen Arbeitnehmers ermöglichen. Für Unternehmen wird ein Anreiz geschaffen, an Beschäftigungsverhältnissen mit über 50-Jährigen festzuhalten und jungen Nachwuchskräften eine Perspektive am Arbeitsmarkt zu bieten.

11.11.2009 Büro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

IG BAU
Bezirksverband Süd-Württemberg
Sabine Probst
Weinhof 23
89073 Ulm

10. November 2009

Offener Brief zur „Rente mit 67“, Schwäbische Zeitung 10.11.2009

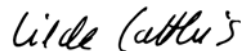
Sehr geehrte Frau Probst,

über den Beschluss, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre zu erhöhen, wird innerhalb der SPD nach wie vor diskutiert. Die „Rente mit 67“ war nicht zuletzt einer der Gründe für unser schlechtes Abschneiden bei der Bundestagswahl. Für Ihre Forderung, die „Rente mit 67“ zurückzunehmen, haben Sie meine vollste Unterstützung.

Die „Rente mit 67“ bedeutet faktisch eine Rentenkürzung. Als sie im Jahr 2007 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, war man noch von einer anhaltend positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ausgegangen. Diese Annahme erweist sich nun als falsch. Auf Grundlage der auf Druck der SPD ins Gesetz aufgenommenen Überprüfungsklausel muss nun neu über die Anhebung des Renteneintrittsalters nachgedacht werden. Die Klausel sieht vor, dass ab 2010 regelmäßig geprüft wird, ob eine Anhebung des Renteneintrittsalters angesichts der realen Chancen auf dem Arbeitsmarkt für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch vertretbar ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat übrigens heute einen Antrag zur Änderung des Altersteilzeitgesetzes verabschiedet.

Mit freundlichen Grüßen



Hilde Mattheis

Mitglied des Deutschen Bundestages

Reden

15. November 2009

Rede von Bundesminister a. D. Erhard Eppler

- [Download als PDF](#)
- [Video](#)

14. November 2009

[Rede des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel zur Verabschiedung von Franz Müntefering](#)

- [Download als PDF](#)

[Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier](#)

- [Download als PDF](#)
- [Video](#)

13. November 2009

- [Rede des SPD-Generalsekretärs Hubertus Heil](#)

[Download als PDF](#)

- [Rede des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering](#)

[Download als PDF](#)

[Video](#)

- [Rede des designierten SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel](#)

[Download als PDF](#)

[Video](#)

[Video der Rede der designierten stellv. SPD-Vorsitzenden Hannelore Kraft](#)

- [Video der Rede der designierten stellv. SPD-Vorsitzenden Manuela Schwesig](#)
- [Video der Rede des designierten stellv. SPD-Vorsitzenden Olaf Scholz](#)
- [Video der Rede des designierten stellv. SPD-Vorsitzenden Klaus Wowereit](#)

[Video der designierten SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles](#)

[Rede der Schatzmeisterin der SPD Barbara Hendricks](#)

- [Download als PDF](#)
- [Video](#)

SPD.de

Weitere Termine:

26.11.2009

Verleihung des Regine-Hildebrandt-Preises

Berlin, Willy-Brandt-Haus

27. - 28.11.2009

Karlsruhe

Landesparteitag SPD Baden-Württemberg

07. - 08.12.2009

Kongress der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)

Prag

16.12.2009

Außerordentlicher Landesparteitag

Sachsen-Anhalt

Parteitage nach 1990

- Vereinigungs-Parteitag Berlin
27.09. - 28.09.1990
- Parteitag Bremen
28.05. - 31.05.1991
- Außerordentlicher Parteitag Bonn
6.11. - 17.11.1992

- Außerordentlicher Parteitag Essen
25.06.1993
- Parteitag Wiesbaden
16.11. - 19.11.1993
- Außerordentlicher Parteitag Halle
22.06.1994
- [Parteitag Mannheim](#)
14.11. - 17.11.1995
- [Parteitag Hannover](#)
02.12. - 04.12.1997
- [Außerordentlicher Parteitag Leipzig](#)
17.04.1998
- [Außerordentlicher Parteitag Bonn](#)
25.10.1998
- [Außerordentlicher Parteitag Bonn](#)
12.04.1999
- [Parteitag Berlin](#)
07.12. - 09.12.1999
- [Parteitag Nürnberg](#)
19.11. - 22.11.2001
- [Außerordentlicher Parteitag Berlin](#)
02.06.2002
- [Außerordentlicher Parteitag Berlin](#)
20.10.2002
- [Außerordentlicher Parteitag Berlin](#)
01.06.2003
- [Parteitag Bochum](#)
17.11. - 19.11.2003
- [Außerordentlicher Parteitag Berlin](#)
21.03.2004
- [Außerordentlicher Parteitag Berlin](#)
31.08.2005
- [Parteitag Karlsruhe](#)
14.11.-16.11.2005
- [Parteitag Hamburg](#)
26.10.-28.10.2007

Links zu Themen aus der Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Abtreten der Regierung Oettinger: Außer Spesen nichts gewesen

SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel wertet den Abgang von Ministerpräsident Oettinger als Scheitern seiner Regierung. So sei es nicht verwunderlich, dass eine große Mehrheit der Baden-Württemberger dem scheidenden Regierungschef keine Träne nachweint. Oettinger habe es in seiner Amtszeit nicht geschafft, der Landespolitik einen Stempel aufzudrücken. Aufgefallen sei er lediglich durch handwerkliche Fehler und stilistische Ausrutscher. "Die Rolle des Landesvaters war Oettinger eine Nummer zu groß", so Schmiedel. Mit Nachfolger Mappus rücke die Landesregierung indes nach rechts.

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4078>

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4075>

Berliner Steuerpläne: Baden-Württemberg muss im Bundesrat Nein sagen

Die auf Pump finanzierten Berliner Steuersenkungspläne passen nicht in die Landschaft, so die Überzeugung von SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel. Sie vergrößerten nicht nur die Steuerausfälle im Landesetat, sondern bedrohten auch die Handlungsfähigkeit der Kommunen beim Ausbau von Bildungsangeboten. "Immer weniger einnehmen, immer mehr ausgeben und zugleich die Schuldenbremse beachten, das kann auf keinen Fall funktionieren", so Schmiedel. Er appelliert an die Landesregierung, den "Harakiri-Plänen" von Schwarz-Gelb im Bundesrat eine Abfuhr zu erteilen.

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4084>

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4081>

Rheintalbahn: Menschen von Lärm entlasten, Mehrkosten mit übernehmen

Der Ausbau der Rheintalbahn in einer umwelt- und anliegerfreundlichen Streckenvariante ist aus Sicht des SPD-Verkehrsexperten Wolfgang Drexler eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte in Baden-Württemberg. Obwohl es sich nicht um eine originäre Landesaufgabe handele, müsse sich das Land im Interesse seiner Menschen an den Kosten der über das gesetzliche Maß hinausgehenden Trassenvariante "Baden 21" beteiligen. "Nur wenn das Land bei den Mehrkosten über seinen Schatten springt und mit einsteigt, wird auch der Bund sich bei der Finanzierung bewegen", betont Drexler.

http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4275_D.PDF

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=3682>

http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14_3736_D.PDF

Stellensituation bei der Polizei: Innere Sicherheit nicht privatisieren

Viel zu viele Polizeidienststellen kommen nach Ansicht von SPD-Polizeisprecher Reinhold Gall personell und finanziell auf dem Zahnfleisch daher. Nun räche sich der verhängnisvolle Stellenabbau der letzten Jahre. Anstatt ausreichend Luft für Präventions- und Ermittlungsarbeit zu haben, erstickten Beamte in Verwaltungstätigkeiten. Kommunen wichen bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung immer öfter auf private Sicherheitsdienste aus. "Innere Sicherheit nur nach Kassenlage darf es nicht geben, sonst kann die Polizei ihren Auftrag nicht erfüllen", so Gall.

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4085>

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=3935>

http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14_3359_D.PDF

http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14_3358_D.PDF

Verteilung des Sozialistenbuchs

An

Rudolf Dreßler

Staatssekretär a. D.

Botschafter a. D.

Am Montag, 7. Dezember 09

um 20.00 Uhr, neue Aula der Grundschule (Marktstr.12)

in Lindenberg,

Die Laudatio hält

Ottmar Schreiner, MdB



Kreisverband Lindau

V. i. S. d. P. Leo Wiedemann

Demonstration

Wir können auch anders!

Stoppt Atomkraft

Für erneuerbare Energien!

Sa. **21.11.2009**

Ravensburg

Beginn

11.30 Uhr, Bahnhof

Kundgebung

12.30 Uhr, Marienplatz



Unterstützt von:

Initiative Atomkraft abwählen, Bündnis90/Die Grünen Kreisverbände Ravensburg, Wangen und Bodenseekreis, SPD Kreisverbände Ravensburg und Bodensee, attac Ravensburg, Kulturladen Rhizom, BUND Ravensburg- Weingarten, Jugendrat Friedrichshafen, Sozial Einkaufen Bodensee-Oberschwaben, Jusos Ravensburg, Jusos Bodenseekreis, Die Linke KV Biberach, Biolandgruppe Allgäu-Oberschwaben, DGB-Region Südwürttemberg, BUS Aulendorf, Hemmungslose Hedonistische Aktion 16569/10.451526, IPPNW Regionalgruppe Ravensburg (Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in soziale Verantwortung)

V.i.S.d.P. : Aktionsbündnis RV/FN c/o Barbara Roth, Zogenfeldstr.15, 88212 Ravensburg

Impressum

Herausgeber:

Matthias Mayr, Medienreferent SPD Bodenseekreis
Weinbirnenstraße 5
88048 Friedrichshafen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

e-mail: roterseechas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

e-mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Bundes-SPD:

www.spd.de

Büro Hilde Mattheis, MdB:

Hilde.Mattheis@bundestag.de

Dr. Roland Peter, Pressesprecher:

roland.peter@spd.landtag-bw.de

Pressestelle SPD:

pressestelle@spd.de

Internet: www.spd.de

Büro Evelyne Gebhardt, MdEP:

Gebhardt@europarl.europa.eu

Norbert Zeller, MdL:

norbert.zeller@spd.landtag-bw.de

Kantonsrat Ludwig Altenburger:

info@sp-sg.ch

Dario Sulzer, Politischer Sekretär:

sulzer@sp-sg.ch

SPÖ-Express:

hubert.loetsch@spoe.at

www.spoe.at

SBI:

www.bodensee-internationale.org

Alexander Geisler:

martin.gerster.ma02@bundestag.de

Wolfgang Heinzl,

Büroleiter Martin Gerster, MdB:

Wolf99maci@aol.com

SPD Kreisverband Lindau:

www.spd-kv-lindau.de

Leo Wiedemann:

leo.wiedemann@t-online.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

roterseechas@kabelbw.de